



Die „Volksmacht“
erscheint wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Bräunerstr. 1/6,
und durch Kolportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mf. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen Mf. 2.50,
frei ins Haus Mf. 2.92,
wo keine Post am Orte, Mf. 3.34.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühren beträgt
für die einseitige Kolonnette
oder deren Raum 30 Pf.
Zusätzliche Spalten 40 Pf.
Tagesblätter unter Text 1 Pf.
Tagesblätter für Arbeitmarkt 15 Pf.
Zusätzliche 25 Pf.
Wochenblätter 15 Pf.
Tagesblätter für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 1.

Breslau, Mittwoch, den 3. Januar 1912

23. Jahrgang.

Wähler! Gebt eure Stimme am 12. Januar

im Ostkreis **Gustav Bauer.** im Westkreis **Eduard Bernstein.** im Landkreis **Gustav Scholich.**

Der Totentanz der Christlichen.

Geheime Urkunden

über den Zerfall des Zentrums.

Ein Telegramm aus München meldet uns:

Das in den nächsten Tagen erscheinende Januarheft der „Süddeutschen Monatshefte“ veröffentlicht sensationelle Geheimurkunden über die Stellung des Vatikanus zum deutschen Zentrum, über die Vernichtung der christlichen Gewerkschaften, über die Zerissenheit, den Zerfall und die Fäulnis des Zentrums, Urkunden, die an Bedeutung weit den früher von demselben Journal mitgeteilten Brief des Generalsekretärs der Christlichen Gewerkschaften Zieglerwald übertreffen. Wir bilden in eine Gegenfäule gegenfäuliger Intrigen und eines Massenbetrugs, dem an nichts liegt als an dem Versuch, den aufrechenenden Skandal noch länger zu bergen. Die Partei der Autorität entlarvt sich als eine Clique von Kaufleuten, die wilde Schmähungen über die geschäftshörnden Bischöfe und den Papst heimlich verbreiten. Während die höchsten Kirchenfürsten selbst ein widerwärtiges, doppeltes Spiel treiben. — Wir wissen es längst, daß nach den Reichstagswahlen die Christlichen Gewerkschaften durch päpstlichen Spruch verboten werden. Die Beamten der Christlichen Gewerkschaften kämpfen gegenwärtig um ihr Leben, und wenn sie jetzt an niedriger Verleumdung der Sozialdemokratie noch den Reichsverhand überbieten, so ist der Zweck dieses jämmerlichen Tuns, daß sie durch günstige Beeinflussung der Wahlen den Nutzen der Christlichen für das Zentrum und die kirchliche Sache zu beweisen suchen und damit das bevorstehende Unheil von ihren Häuptern noch im letzten Augenblick — vergebens! — abwenden möchten. Die Aufgabe, die sie vollbringen wollen, ist, daß sie die ihnen noch anhängenden Arbeiter nicht merken lassen, was mit ihren Organisationen geschieht.

Aber es handelt sich nicht nur um die Auslieferung und den Verrat der Arbeiter hinter ihrem Rücken, sondern um die Vernichtung des ganzen Zentrums in seiner früheren Politik, um seine — unbemerkte! — Ueberführung in eine streng päpstliche Partei, die wieder nichts anderes ist als eine konservative, feudallagratische Schermafcherpartei, die von dem Oberhaupt aller reaktionären Gewalten, dem Vatikan, ihre zwingenden Weisungen erhält.

Der Fürstbischof Kopp erscheint in diesen Urkunden als der Vertrauensmann der ober-schlesischen Magnaten, des Papstes und des deutschen Kaisers, das Zentrum wird zur päpstlichen Leibgarde im Kampfe gegen die europäische Demokratie und den Sozialismus, zur Verteidigung der Interessen des Absolutismus, des feudalen Großgrundbesitzes und des reaktionären Unternehmertums. Es sind mithin nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bauern und der städtische Mittelstand, die vom Zentrum aus Messer geliefert werden sollen.

Die Pöbelpolitik im bayerischen Landtage erscheint im Lichte dieser Urkunden als eine Propagandabemühung für den bevorstehenden Feldzug der deutschen Klerikalen an der Seite der preussischen Junker gegen den „Ansturm“. Die widerstrebenden Elemente des Zentrums werden durch Gewalt und Ausschungerung, durch kirchliche Wahnsprüche unschädlich gemacht.

Diesem Zwecke dienen gerade die letzten päpstlichen Kundgebungen, die in erster Linie auf deutsche Verhältnisse berechnet sind, während man die öffentliche Meinung durch die Versicherung zu beschwichtigen bemüht ist, daß sie auf Deutschland keinen Bezug haben.

Die Vernichtung des Zentrums als eines politischen Partei wird zunächst bewiesen durch einen Geheim-

bericht des römischen Korrespondenten der „Rölnischen Volkszeitung“, des Hauptorgans eines konfessionslosen Zentrums und einer selbstständigen christlichen Arbeiterbewegung, an die Redaktion. Der Bericht — Ende 1909 geschrieben — bemerkt zu einem Artikel der „Unita catholica“, der die Abhängigkeit der Gewerkschaften vom heiligen Stuhl erörtert hatte:

„Er spricht ganz nach die letzten politischen Grundgedanken der heiligen Kurie aus; keinerlei selbständige politische Betätigung der Katholiken, sondern beunruhigendes Sichverfügungsmachen, je nach dem von Fall zu Fall die kirchliche Autorität kommandiert! Dafür kann man allerdings weder ein politisch unabhängiges, nicht konfessionelles Zentrum, noch interkonfessionelle Gewerkschaften gebrauchen. Deshalb kann man auch kirchlichen Versicherungen gegenüber, gewisse Kundgebungen, wie zum Beispiel der Brief an medelajo alban (gegen die christlichen Gewerkschaften) bezögen sich nicht direkt auf deutsche Verhältnisse, nicht vorzüglich genug sein.“

Man weiß also, so erläutert der Urheber der Veröffentlichung in den „Süddeutschen Monatsheften“, den Geheimbericht, in Röln mindestens seit zwei Jahren, daß man das Messer für die Leiter des deutschen Zentrums bereits geschliffen hat, und daß die zentrumsfeindlichen „Katholiken“ Organe mit dem Auftrag sind, die Leiter hinstellen, daß sie vielmehr nichts anderes aussprechen, als die Meinung der Kurie, welcher Meinung nur noch hinzuzufügen wäre, daß man statt Rom auch Berlin, Böhmen, Oberschlesien oder Kopp sagen kann, und daß seit zwei Jahren jenes Zentrum bereits nicht mehr existiert, sondern sich schon den neuen Anforderungen gefügt hat.

In einem weiteren Geheimbericht an die Redaktion der „Rölnischen Volkszeitung“ vom 21. Mai 1910 wird über die Politik des Papstes wie folgt gefäßert:

„Ich würde im Augenblick mir Mühe auf die gegenwärtige Stimmung an der römischen Kurie keinen anderen Rat als die Krankheit; denn es handelt sich tatsächlich um eine Mente! — sich austoben zu lassen, höchstens könnte man es in Deutschland darauf anlegen, unser heimisches katholisches Publikum vorzüglich, und ohne auf bestimmte Personen zu deuten, über die Unanständigkeit und Gefährlichkeit des im Gange befindlichen und fast schon zur Wunde gewordenen Verleumdungs- und Verleumdungs-feldzuges aufzuklären. Vor allem aber wäre nötig, daß häufiger und regelmäßiger autoritative oder wenigstens hochangesehene Persönlichkeiten aus uns nahe liegenden katholischen Kreisen Deutschlands: Parlamentarier, Gelehrte, Journalisten usw. hier herkämen, um durch ihre leuchtenden Stellen Führung zu nehmen und Mißverständnisse und dergleichen zu beseitigen. Dieser wird es sicher nicht, bis man den hiesigen Machthabern einmal rücksichtslos klar gemacht hat, was für die Kurie in Deutschland auf dem Spiele steht, wenn es im bewußten Sinne weiter geht. Aber wer ist dafür — robust genug?“

Dieser Bericht zeigt, welche Achtung die Macher der deutschen Zentrumspresse vor der „Unfehlbarkeit“ des heiligen Vaters haben.

Der Rat ist im übrigen befolgt worden. Vertrauensleute wurden nach Rom geschickt, aber es hat nichts genutzt, die deutschen Bischöfe traten vielmehr auf die Seite des Papstes (Berlins, Oberschlesiens, Kopp), gegen das Zentrum Röllnische Richtung.

Als der Prinz von Bismarck auf dem letzten Katholikentag ein gewisses Maß politische Selbstständigkeit für das Zentrum forderte, wurde er von Rom gerüffelt; das überhaupt niemals in seinen Ansprüchen vom Zentrum, sondern immer nur vom „Falschheit“ des Zentrums rebet.

Die Gegensätze prallen natürlich am schärfsten auf dem Gebiet der Arbeiterbewegung zusammen. Die Arbeiter, die am 12. Januar noch christliche Gewerkschaftsführer wählen, tun das ahnungslos, ohne zu wissen, daß sie sich unmittelbar nach den Wahlen zu entscheiden haben werden, ob sie sich von jeder selbstständigen Arbeiterbewegung, aber dem Zen-

trum zu trennen haben. Die Katastrophe der christlichen Arbeiterbewegung ist nicht mehr hinauszuschieben. Die katholischen Fachabteilungen Berliner Richtung, also die unmittelbar unter kirchlicher Aufsicht stehenden Arbeitervereine, befinden sich im Zusammenbruch. Die Mitglieder, die keinerlei Einfluß auf die finanzielle und sachliche Leitung der Verbände haben, ergreifen die Flucht, die finanzielle Mißwirtschaft ist erschreckend. In der letzten Zeit erlitt die Kasse der Fachabteilung Verluste von 75 000 Mark, die zum Teil vom Kardinal Kopp gedeckt sein sollen. Um die „Fachabteilungen“ zu retten, muß die Konkurrenz der „Christlichen“ beseitigt, das Koalitionsrecht aller Arbeiter zerstört werden. Daß von den Führern der Berliner Richtung dasselbe doppelte Spiel gespielt wird, wie von den Führern der Kölner, nämlich schwerste innere Differenzen bei dem schwindelhaften Vorgehen, es existiere eine einheitliche Partei, wird durch einen Geheimbrief aus der Redaktion der Berliner „Germania“ bestätigt. Wir erfahren daraus, daß der vielörterte Artikel der „Germania“ vom 27. November 1909 gegen die Kölner Richtung vom Fürstbischof Kopp geschrieben worden ist. Der Chefredakteur der „Germania“ wurde nach der Einendung des Artikels nach Breslau geschickt. Kopp schwächte einiges ab, äuferte aber seinen Unmut über den Volksverein und über die Kölner Zentrumsführer. Als der Artikel veröffentlicht war, entstand großer Krach. Der Direktor der „Germania“ war wütend: „Die Dummheit (des fürstbischöflichen Artikels) koste einige tausend Abonementen.“

Man erinnere sich, um die Politik des Breslauer Kirchenfürsten zu würdigen, daß Kopp auf dem Breslauer Katholikentag die Führer des Volksvereins gelobt hatte, daß er dann anonyme Artikel gegen sie schrieb, sie opportunistisch abschwächte und auch für die abgeschwächte Form wieder nicht einzustehen wagte, und man wird das Einvernehmen des Mannes verstehen, dem wir diese Enthüllungen verdanken.

„Ein ungeheurer Volksbetrug — man will Tausenden von braven Männern die politische und wirtschaftliche Selbstbestimmung nehmen, und was schlimmer ist, man will sie ihnen nehmen, ohne daß sie es merken dürfen, und was das Schlimmste ist, alles geschieht im Namen der Religion.“

Wir möchten hinzufügen: Die deutschen Wähler sollten im Januar und Februar das Zentrum besetzen, ehe es sich selbst in Mober vernichtet!

Politische Uebersicht.

Das gottgewollte Hungersterben.

„Gott zum Grube und unserem Herrn Jesum Christum zum Troste!“ — Mit diesen Worten beginnt das Hauptorgan der konservativen Partei, die „Kreuzzeitung“, ihre Neujahrsbetrachtung für das Jahr 1912. Gleich dahinter kommt ein Artikel über das „Massensterben“ der Berliner Obdachlosen, der sich heftig gegen die sozialdemokratische Presse wendet, weil sie die kapitalistische Gesellschaftsordnung für den Ausbruch jener grauenhaften Katastrophe verantwortlich macht. Da heißt es:

Die Widerlichkeit der sozialdemokratischen Klassenverteilung zeigt sich hier unverhüllt. Aber auch die Anwahrscheinlichkeit der sozialdemokratischen Lehre wird durch diese Auslassungen erhellt. Was haben die Arbeiter in diesem Massensterben zu tun? Gibt es denn nicht in allen Großstädten der Welt Massenelend, und hat es nicht zu allen Zeiten unter allen Ständen und Gesellschaftsordnungen Massenelend gegeben?

Noch vor ein paar Tagen waren es allein die Sozialdemokraten, die vom Massenelend der Obdachlosen sprachen. Da sagte man, das sei weiter nichts als sozialdemokratische Lüge und Verhöhnung. Jetzt, wo die Arbeiter so sichtbar an den Tag getreten ist, daß sie den entsetzlichen Hunger der Obdachlosen des Kapitalismus die Junge nimmt, findet das führende Blatt des Zentrums als erstes den Mut, zu erklären: „Was wollen wir? Selbstverständlich gibt es Massenelend! Aber wir Arbeiter können nicht daran! Es ist schon immer so gewesen und hat ja zu bleiben.“

Worauf sie mit dem gebührenden Respekt erwidern: Also habt Ihr alle, Konservativen, Zentrumisten und Reichsverbänder, bis vor wenigen Tagen bewußt die Unwahrheit gesprochen! Was Ihr eine „Erfindung sozialdemokratischer Lüge“ nanntet, das Massenelend in den Großstädten, ist eine Tatsache. Ihr habt von ihr gewußt, aber Ihr habt sie geleugnet, weil ihr die Wahrheit scheut wie das Nachgebeten den heißen Tag. Jetzt, wo sich nichts mehr verhalten läßt, jetzt wo der Hungertod durch die Berliner Elendsquartiere schreiet und grausame Ernste hält, habt Ihr die Stirn zu erklären, das sei gar nicht verwunderlich, denn so sei es immer schon gewesen und so müsse es bleiben. Es wird aber nicht so bleiben, das garantieren wir Euch!

Wer hätte gesagt, daß die Reichen schuld sind, wenn die Armen Hungers sterben? Nein Sozialdemokrat macht den einzelnen Reichen für das Massenelend verantwortlich. Aber die schlechten Gesetze und öffentlichen Einrichtungen, die ganze sinnwidrige Verfahrtheit unserer sogenannten Ordnung tragen die Schuld an diesen entsetzlichen Erscheinungen; sie müssen geändert werden.

Ihr die Abänderung der Gesetze und öffentlichen Einrichtungen, für die durchgreifende Umgestaltung der ganzen Staats- und Gesellschaftsordnung im Interesse der Reichslosen kämpft die Sozialdemokratie. Das ist das A und O ihrer ganzen Tätigkeit, dazu ist sie ja von den Massen der Reichslosen selbst geschaffen worden, und nicht eher wird sie vom Schauplatz verschwinden, als bis sie ihre Aufgabe gelöst hat.

„Es gibt kein Elend!“ war die erste Lüge der reaktionären Wahllegation. „Es hat immer Elend gegeben, und darum wird es auch immer Elend geben“, lautet jetzt ihre Devise. Nein, es wird nicht immer Elend geben, die „Elenden“, wie man einst von hoher Stelle die Sozialdemokratie genannt hat, werden es beseitigen.

Zunächst ist es gar nicht wahr, daß es immer so grauenvolles Elend gegeben hat, wie in unseren Tagen. Gesetz aber, würde daraus folgen, daß es immer so bleiben muß? Solange es Menschen gibt, bis vor wenigen Jahren, haben die Tische gegolten: „Der Mensch kann nicht fliegen.“ „Der Mensch kann sich nur auf natürliche Hörmittel mit anderen verständigen.“ Heute fliegt man von Paris nach Bordeaux und telephoniert von Berlin nach Brüssel. Pest, Cholera, Malaria galten als göttliche Schickungen — es hatte sie „immer schon gegeben“, und man wartete geduldig, bis die Seuche von selbst erlosch. Heute bekämpft man sie mit den Mitteln wissenschaftlicher Hygiene und rettet damit Tausende vor einem juchhabenden Schicksal. Warum sollte gerade das Problem unlösbar sein, daß jeder Mensch ein schützendes Dach über dem Kopf, warme Kleider auf dem Leib hat und zur rechten Zeit eine gesunde Mahlzeit in den Leib bekommt?

Millionen junger, arbeitsfähiger Leute werden alljährlich in den modernen Staaten Europas ohne Arbeit beherbergt, gekleidet und genährt. Hunderttausend Kavallerierpferde genießen in den Militärlagern sorgsame Pflege und Fütterung. Für Tausende und Abertausende von Rot und Krankheit gebrochene Menschen sollte man aber nichts anderes aufbringen können, als ein schmutzfarrendes, durch Ueberfüllung verpestetes Nachtlager, einen Löffel Mehlsuppe und ein Stück trodenes Brot?

Ungeheure Reichtümer werden auf der anderen Seite angehäuft. Wir erfahren aus der Statistik, daß sich die Vermögen unserer Multimillionäre in den letzten 15 Jahren mehr als verdoppelt haben! Warum haben denn die Gemeinderäte nicht so viel von diesem Ueberfluß, als nötig ist, um den Ausbruch von Hungerepidemien zu verhindern? Weill sich die bürgerlichen Parteien, Konservative und Zentrum voran, vor das Portemonnaie der Reichen stellen, weil ein schamlos ungerechtes Wahlrecht die Gemeindeverwaltung in die Hände der Wohlhabenden gibt und weil ein niederträchtiges Gesetz obendrein noch den Gemeinden verbietet, die Höhe der staatlichen Steuerlast zum Schaden der Reichen aber zum Nutzen der Armen nach oben hin zu erhöhen!

Es könnte auch innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung noch ungeheuer viel zur Bekämpfung des Massenelends geschehen, wenn es ginge, wie die Sozialdemokraten wollen. Wenn aber Krisen immer neue Massen aufs Pflaster werfen, wenn mächtige Arbeitgeberorganisationen die Löhne brücken und neues Elend schaffen, wenn selbst die von der Sozialdemokratie geforderte, von den herrschenden Klassen aber immer noch verweltete Arbeitlosen-Versicherung nicht mehr ausreicht, was dann? Dann, ja dann muß mit dem ganzen bestehenden Wirtschaftssystem gebrochen werden, dann müssen an die Stelle der kapitalistischen Wirtschaftsprinzipien die sozialistischen treten, dann müssen demokratisch geordnete öffentliche Gewalten die ganze Produktion in ihre Hände nehmen und dafür sorgen, daß genug Wohnungen hergestellt, genug Kleider verfertigt, genug Lebensmittel produziert werden, um den Bedürfnissen aller zu genügen!

Die Welt hat schon viele große Umwälzungen gesehen. Das hebräische Rom wurde christlich! China ward Republik! Die Menschheit wird auch diese größte und bedeutungsvollste Umwälzung erleben, die dem Massenelend ein Ende macht. Die schamlosen Glaubensheuchler, die da tun, als hätte Gott selbst ihnen den Reichtum, den andern aber Not und Hungertod beschert und als müßte es immer so bleiben, wie es ihnen gefällt, sie gehören an den Pranger der Geschichte, und kommende Geschlechter werden ihre Namen mit Verachtung nennen!

Setzt den einen — vergiftete Abfälle den andern!

„Die Frage drängt sich auf, ob es der Stadt Berlin nicht möglich wäre, den Besuchern des Asyls in Zukunft nicht nur eine Mehlsuppe und ein Stück Brot, sondern eine wirkliche Mahlzeit zu geben... Wenn man pro Kopf 25 Pf. rechnet, so würde das bei einer Zahl von 4000 Besuchern 1000 Mark täglich und 360.000 Mark im Jahr ausmachen. Das ist eine Summe, die kaum eine Rolle spielen würde für eine Millionenkab, die alljährlich zahlreiche Selbstbrühe bei allen möglichen Gelegenheiten veranstaltet, wo wahre Selbstbrühe aufgeföhren werden, und die jedesmal Tausende kosten. Ein solches Mahl dürfte kaum eine so große Anziehungskraft ausüben, daß Leute, die es nicht unbedingt brauchen, deshalb im Asyl Unterkunft suchen würden.“

So schreibt ein gut bürgerliches Blatt, die Berliner „Nationalzeitung“ in ihrer Ausgabe vom letzten Sonnabend.

Wiel Ehre für die Obdachlosen!

Der Kaiser hat sich über die massenhaften Todesfälle im Berliner Obdachlosen-Asyl Bericht erstatten lassen. Ein Vertreter des Reichskanzlers erschien beim Oberbürgermeister, um diesem seine Teilnahme auszusprechen. Der Oberbürgermeister besuchte höchst persönlich das Asyl, um übrigens zu finden, daß nichts in Erinnerung zu bringen sei.

So kommen die 68 toten Obdachlosen noch nach ihrem Tode zu hohen Ehren. Wären sie einer nach dem andern in aller Stille davongegangen, man würde ihrer nicht gedacht haben. Da sie alle auf einmal gestorben sind, ist alles erglänzt von der „Majestät des Todes“.

Die Weileidbezeugungen der hohen Herrschaften sind an sich wohl am Platze. Aber die Herren werden sich wohl selber sagen, daß es weniger darauf ankommt, die Toten zu ehren, als den Lebendigen zu dienen!

Dem Elend kommt man nicht bei mit Kondolenzwischen. Es komplimentiert auch die höchsten Besucher grinsend zur Türe hinaus und — bleibt!

Industrielle Konzentration!

Konservative und Mittelständler betreiben den Stimmengang wieder mit dem alten Schwindel, die Sozialdemokratie wolle den Mittelstand, den Kleingewerbetreibenden vernichten. Dummheit und Bosheit läßt die falschen oder trüchtigen Mittelstandsleute verschweigen, daß die technisch-großkapitalistische Entwicklung die kleinen Unternehmen immer mehr ausmerzt und den Großbetrieb zum Herrscher des Marktes macht. Wie sich ohne Mitwirkung der Sozialdemokratie, in Deutschland die industrielle Konzentration vollzogen hat, veranschaulicht die folgende Zusammenstellung. Es betrug die

Jahr	Zahl der Werke	Kohlenförderung in Tonnen überhaupt	Erzeugung in Tonnen pro Werk
1870	220	11 812 528	53 693
1910	318	152 827 800	480 590

Jahr	Zahl der Fabriken	Erzeugung in Tonnen überhaupt	Erzeugung in Tonnen pro Fabrik
1874/75	833	256 412	770
1909/10	354	2 612 978	7 098

Jahr	Zahl der Brauereien	Produktion in Hektolitern überhaupt	Produktion in Hektolitern pro Brauerei
1874	13 080	20 494 900	1 570
1910	4 329	38 080 292	8 794

Jahr	Zahl der Werke	Erzeugung in Tonnen überhaupt	Erzeugung in Tonnen pro Werk
1873	244	2 240 600	9 182
1910	99	14 793 694	149 430

Überall ist eine ganz gewaltige Steigerung der Erzeugung und eine darüber hinausgehende Produktionszunahme pro Betrieb zu konstatieren. Die Zahl der Betriebe nimmt dabei ab. Und diese Entwicklung geht weiter. Unaufhaltsam vollzieht sich der Zusammenschluß des industriellen Kapitals. Die Dummköpfe und Betrüger können den Mittelständlern einreden, für solche Entwicklung sei die Sozialdemokratie verantwortlich. Das Großkapital findet in seinem Vernichtungsjuge vielmehr in der Hochschulpolitik der Schwarzen und Blauen seine beste Stütze und Förderin.

Die Monisten und die Reichstagswahl. Im ersten jährlichen Wahlkreise hat Professor Oswald, der Führer des Monistenbundes, in einer Wahlversammlung rundweg erklärt, daß er, wenn es zur Stichwahl zwischen dem konservativen und dem sozialdemokratischen Kandidaten kommen sollte, unbedingt den letzteren wählen werde.

Das ist den Nationalliberalen sehr unangenehm. Und die „Germania“ erklärt dazu schadenfroh: Solche Professoren sind leider nicht selten.

Der weltfremde Bauernsohn. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat das dringende Bedürfnis, den deutschen Bauer zur Reichstagswahl auf den propädeutischen Lein zu laden, und so läßt sie dem, in ihrem Epochenjahr folgende Beschreibung los:

Groß und klein. Es ist beirrend, zu beobachten, wie jetzt besonders vor den Reichstagswahlen immer wieder die Gulsbesitzer als die Feinde der Bauern verdrängt werden. Es werden dabei Bilder an die Wand gemalt, die in Wirklichkeit gar nicht existieren. Ich bin auf dem Lande geboren und größtenteils auch erzogen, lebte fernher seit etwa 20 Jahren jährlich von der Großstadt in mein Heimatdorf zurück, um dort meine Ferien zu verbringen. Von einer zwischen bäuerlichen und Großgrundbesitzern bestehenden Feindschaft habe ich noch nie etwas gemerkt. Mein Großvater und Vater lebten in Frieden und Eintracht, mit den umliegenden großen Grundbesitzern und auch mein Bruder unterhält heute noch gute Beziehungen zu ihnen. Sie helfen sich gegenseitig, wie schon zu Großvaters Zeiten, mit Rängen und Samen im Frühjahr aus und helfen sich gern mit Rat und Tat zur Seite. Weshalb sollten sie dies auch nicht? Ein anderes Verhältnis wäre doch ganz unnatürlich. Bauer und Gutsbesitzer gehören zusammen; denn sie haben gemeinsame Interessen und verfolgen dasselbe Ziel, nämlich dem Boden durch fleißige Bearbeitung möglichst hohe Erträge abzugewinnen. Wer das Gegenteil behauptet, ist ihr gemeinsamer Feind. Und deren gibt es nicht wenige. Deshalb gilt es heute mehr denn je für alle Landwirte, sich gegen diesen gemeinsamen

Die letzten Tage von Pompeji.

Von C. Salmer.

103] Doch bald wurde das Volk wieder ruhig, und die Öffnung in der Decke war vergessen, als die Gladiatoren in einem feierlichen Zuge unter dem Schutze der Trompeten in die Arena traten. Sie machten langsam und gemessen in dem großen Raume die Runde, damit die Zuschauer mit Ruhe ihre abgehärteten und furchtlosen Gesichter, ihre kräftigen Muskeln und muskulösen Arme betrachten und die Beute eingehen konnten, welche die Leune und Aufregung des Augenblicks hervorbrachten. „O! wie die Witwe Julia der Gattin des Panja zu, als habe sie von ihrem hohen Sitz herabgesehen, daß in jenem tiefendastenden Gladiateur? Wie dröckig er aussah!“ „Ja“, sagte die Frau des Medius, welche die Namen aller Kämpfer kannte, „er ist ein Metakrus, und wie du siehst, bloß mit einem dreieckigen Speer und mit einem Netz bewaffnet; er trägt keine Rüstung, bloß die Felle und eine Lanze. Er ist ein halber Mann, und wird mit dem Sporus, jenem hässlichen Gladiateur mit dem runden Schilde und dem Schwerte, jedoch ebenfalls ohne Rüstung kämpfen; er hat den Helm jetzt nicht auf, damit man sein Gesicht sehen kann.“ „Wie wichtig scheint er denn!“ — „Später wird er jedoch mit geschlossenem Visier auftreten.“

Aber ein Netz und ein Speer sind doch gegen ein Schild und Schwert ungleiche Waffen.“

Man sieht, wie unzufrieden du noch bist, teure Julia; der Metakrus steht im Vorteil.“

Aber wer ist jener schone Gladiateur, der jetzt nach ihm — es paßt sich doch eigentlich nicht! — Bei der Venus, wie vollkommen ist er gebildet!“

Es ist Lydon, ein junger Anfänger, er ist so übermüht, es mit jenem ähnlichen gefeierten — oder vielmehr nicht befeierten — Gladiateur aufnehmen zu wollen, mit dem Tetrades. Sie kämpfen zuerst nach der griechischen Art, mit dem Cepus, später in Rüstungen, mit dem Schild und Schwert.“

Dieser Lydon ist ein hübscher Mann, und die Frauen sind ihm gewiß gewöhnt.“

Aber nicht die erfahrenen Kämpfer; Metakrus bietet drei gegen eins auf ihn.“

Metakrus: an den Rücken trugen sie bloß Sandalen, die etwas über den Anschlag befestigt waren. — „O, wie schön; wer sind die?“ — „Frage die Witwe.“

Der eine heißt Verbis — er ist ein dritthalb Sieger geworden; der andere führt den übermühten Namen Metakrus. Es sind beide des Galliers.“

Jetzt waren die ersten Einleitungen und Formlichkeiten des Schauspiels beendet. Darauf folgte ein Schlingkampf mit hölzernen Schwerten zwischen den verschiedenen Gladiatoren, die gegeneinander kämpft waren. Unter diesen erregte die Geschicklichkeit zweier römischer Gladiatoren, welche für dieses Fest geweiht worden, besondere Aufmerksamkeit, und nach ihnen wurde Lydon am meisten bewundert. Dieses Scheingefecht dauerte kaum eine Stunde, auch nahm es nur die Zeitnahme der eigentlichen Kämpfer in Anspruch, welche die weitere Kunst roherer Aufregungen vorgehen: die meisten Zuschauer trauten sich, als es vorüber war, und als sie idyllischer Eindrücke hoffen durften. Die Kämpfer wurden jetzt, wie es vorher verabredet worden, in Paare geteilt, ihre Waffen unterzucht, und die ernstesten Spiele des Tages begannen unter dem heißen Himmel, welches nur durch die kriegerische Musik unterbrochen wurde, die zum Kampf rief.

Lydon war mit dem grauamsten Schauspiel an, und ein Metakrus, oder ein für die wilden Tiere bestimmter Gladiateur, wurde als ein Einweisungsböser zuerst umgebracht. Bei dieser Gelegenheit aber hielt es der erfahrene Panja für geeigneter, daß das blutige Drama an Interesse fortzuschreiten, nicht abbrechen sollte; es wurde daher die Verhinderung des Metakrus besetzt und Metakrus bis zuletzt verparat. Es war beschlossen worden, daß die beiden Kämpfer die Speere öffnen, dann die Gladiatoren zu Fuß paarweise kämpfen, darauf Metakrus und der Löwe ihre Rolle in der blutigen Tragödie spielen, und der Sieger und der Siegerin das große Finale bilden sollten. In den Schauspielen dieser Art zu Pompeji war übrigens der Reiz der römischen Geschichte seiner Einbildungskraft Grenzen gesetzt, da er nicht jene ungeheuren Schlachten im großen Stil erwartete, mit denen ein Nero oder Caligula die Bewohner der kaiserlichen Stadt unterhielt. Die römischen Schauspieler, welche die berühmtesten Gladiatoren und den größten Teil der ausländischen Tiere in Anspruch nahmen, waren auch in der Tat Ursache, daß in den kleineren Städten des Reiches die Spiele im Amphitheater verhältnismäßig weniger grauam und weniger waren; und in dieser, sowie in anderen Beziehungen war Pompeji nur ein Miniaturbild, ein Mikrokosmos von Rom. Bei alledem war es aber immer noch ein schreckliches, ergreifendes Schauspiel, wie es die meisten Zellen alljährlich nicht darboten; — ein ungeheures, Sinne über Erhöhen, fast 500 Fuß hoch sich erhebendes Theater, welches von 15.000 bis 20.000 Menschen sah, die nicht Zuschauer eines singulären

Trattierspiels, sondern des wirklichen Sieges oder Untergangs, des Triumphs oder blutigen Todes aller Kämpfenden waren!

Die zwei Kämpfer befanden sich jetzt zu beiden Enden der Schranken (wenn man sie so nennen darf), und auf ein von Panja gegebenes Zeichen jagten sie gleichmäßig aufeinander los, jeder seine Lanze, aber feste Lanze in der Luft liegend; aber als Verbis nur ungefähr drei Schritte von seinem Gegner entfernt war, hielt er plötzlich sein Pferd an, machte eine kleine Wendung, und da Metakrus bei ihm vorrückte, stieß er nach ihm. Metakrus trat jedoch mit zurückgehaltenem Schilde gewandt den Stoß auf, der sonst gefährlich gewesen sein würde.

„Bravo, Metakrus!“ — rief der Prätor.

„Was gestohlen, mein Verbis!“ — sagte Metakrus von seinem Sitz.

Und die Aufregung des Volkes machte sich jetzt auch durch manches wilde Rufen und Nachhaken Luft. Die Wittere beider Kämpfer waren (wie später die der Ritter) geschlossen; der Kopf war aber dennoch der Hauptangriffspunkt; und Metakrus, der jetzt sein Kopf mit nicht weniger Geschicklichkeit als sein Gegner vertheidigte, rückte seine Lanze gerade auf den Helm seines Feindes. Verbis erhob seinen Schilt, um sich zu decken, der schweißbedeckte Metakrus aber benutzte diesen Augenblick, um ihm seine Lanze plötzlich in die Brust zu stoßen. Verbis wankte und fiel.

„Metakrus, Metakrus!“ janzigte das Volk.

„Ich habe zehn Essensen“ verloren!“ — sagte Metakrus vertrieben.

„Dabei!“ — er ist verwundet!“ — sagte Panja ruhig.

Das Volk, welches noch zu keiner grauamen Stimmung aufgeregelt war, machte das Zeichen der Gnade; als aber die Beamten der Arena sich näherten, fanden sie, daß die Witwe zu spät komme — das Herz des Galliers war durchbohrt, und seine Augen waren schon gebrochen. Mit dem Blut, das so schwarz über den Sand der Arena strömte, war auch sein Leben entnommen.

„Es ist schade, daß es so bald vorbei war“, sagte die Witwe Julia.

„Ja, ich habe auch kein Mitleid mit dem Verbis. Man konnte leicht sehen, daß Metakrus eine Finte machte. Sieh, sie legen die Schlinge an den Ärder — sie schleifen ihn nach dem Spoliarium — sie streuen wieder Sand auf den Boden — Panja bedauert nichts mehr, als daß er nicht reich genug ist, um die Arena mit Bodas zu füllen. Immer bestreuen lassen zu können, wie Nero es oft tun ließ.“

Nur, wenn der Kampf kurz war, so folgt wenigstens schnell wieder ein anderer — sieh! da tritt mein schöner Lydon auf die Arena — und auch der mit dem Netz, und mit dem Schwert — a hartträglich!“ (Fortsetzung folgt.)

*) Etwa mehr als 80 Pfund Sterling.

Feind zusammenzuschließen, ihm die Waale vom Gesicht zu reißen, wenn er sich als ihr Vertreter aufspielen versucht. Deutscher Bauer, laßt euch nicht durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, die euch umgeben, vertreiben, euren beruflichen Führern aus eurer Mitte, die euer Wohl und Wehe nicht nur kennen und verstehen, sondern auch vor allen Dingen richtig zu beurteilen vermögen, die Gefolgschaft zu versagen! Ihr grabt euch sonst selbst das Grab. Erwartet nichts von den falschen Freunden, die euch gegen eure Standesgenossen aufstehen versuchen. Ein Bauernsohn.

Da hört doch manches auf! Großvaters Fronarbeiten, Sand- und Spanndienste auf dem Edelhof nennt dieser Musterknecht ein „gegenfeitiges“ Ausheilen mit Pflanzen und Ölen. Während der deutsche Bauer im Schwelge seines Angehens die Scholle bearbeitet, quälte sich seine großgratigen „Standesgenossen“ in Monte-Carlo an der Roulette oder trinken und lieben in Nizza, Paris und Berlin herum. Und das sollen die „berufenen Führer“ der Bauern sein?

Die „Deutsche Tageszeitung“ scheint ein Witzblatt werden zu wollen.

Das Wahlprüfungsverfahren des Reichstages wird vom Oberlandesgerichtsrat Dr. v. L. b. e. d. e. - Hamburg in der „Völkischen Zeitung“ einer Untersuchung unterworfen. Er macht auf den Standal aufmerksam, daß der letzte Reichstag über die Billigkeit der seit 1907 tausenden Mandate der Abgeordneten v. S. h. m. e., K. l. l. e., P. i. e. s. e. b. e. r. g. und v. d. W. e. n. s. e. überhaupt nicht entschieden hat. Allerdings sind das bis auf Böhmische Schützlinge des schwarzblauen Blocks und Böhme war weitgehend bis zur Hälfte der Legislaturperiode ein Parteigenosse der Liberarpartei von der Reichst. In der Reichst. wird die Notwendigkeit einer Reform des Wahlprüfungsverfahrens hervorgehoben. Er die Einsetzung eines eigenen Wahlprüfungsgerichtshofes Stimmung gemacht. Um dem Reichstage einen Einfluß auf die Besetzung des Gerichtshofes einzuräumen, soll ihm die Wahl der Mitglieder dieses Gerichtshofes, etwa nach einer Vorschlagsliste, die von den Präsidents der höchsten Gerichte aufgestellt wird, übertragen werden. Es wird auch darauf hingewiesen, daß das reichsständische Oberlandesgericht in K. o. l. m. a. r., dem bekanntlich die Wahlprüfung der Landtagswahlen obliegt, in den Kreisen, aus denen Wahlproteste vorliegen, die Erhebungen durch einen eigenen Kommissar des Gerichtes vornehmen läßt, während bekanntlich der Reichstag doch immer auf die Erhebungen vom Regierungsbeamten angewiesen ist. Die Entscheidung eines Wahlprüfungsgerichtshofes ist gewiß eine Frage unserer Zeit. Aber die deutsche Wahlerschaft kann sich vor einer planmäßigen Verkleinerung der Wahlprüfungen am besten dann sichern, wenn sie gleich am 12. Januar für die Opposition stimmt, die alle Ursache daran hat, hundertliche und hellige Wahlprüfungsverfahren nicht durchgehen zu lassen.

Die geübte Agitation des Zentrums. Das Schöffengericht verurteilte den Zentrumsagitor Hans Wilben aus Köln wegen Verleumdung des liberalen Reichstagskandidaten Rechtsanwalt Wassermeyer zu 600 Mark Geldstrafe event. 90 Tagen Gefängnis. Als Wassermeyer in einer liberalen Versammlung zu Gerfel sein Programm entwickelte und dabei über das Zentrum erklärte, daß es „antinationale“ sei, hatte Wilben ihm zugerufen: „Sie sind ein ganz gemeiner Verleumder!“ — Wenn jeder Sozialdemokrat so empfindlich sein würde, dann können die Zentrums Herren das ganze Jahr nicht aus dem Kästen.

Ganze vier Mittelständler unter 130 konservativ-agrarischen Kandidaten. Zu diesem Ergebnis führt eine Prüfung der von den verbündeten Konservativen und Agrariern aufgestellten Kandidatenliste. Die vier konservativ-agrarischen Kongresskandidaten an Handwerker und Kleinhandel sind:

1. Kaufmann D. e. n. t. l. e. r. - D. a. n. z. i. g.
2. Schornsteinfegermeister C. o. n. r. a. d. t. - L. i. e. g. n. i. g.
3. Schreinermeister M. ü. l. l. e. r. - N. e. u. w. i. e. d. (gegen einen Kandidaten der schwarzen Blockfraktion)
4. Tischlermeister P. a. u. l. i. - P. o. t. s. d. a. m. in Sagenow-Grevesmühlchen.

Also überwiegend Durchfallskandidaten, wie der Liegnitzer. Welch grandiose Verhöhnung des Mittelstandes diese geringe Kandidatenzahl ist, geht nämlich daraus hervor, daß von diesen vier Mittelständlern kaum ein einziger Aussicht hat, gewählt zu werden. Ganz anders aber schlägt das Herz der Konservativen und Wandler für den Großgrundbesitz. Ihm sind nicht weniger als 48 Kandidaten entnommen, während nur 12 aus dem mittleren und kleineren Grundbesitz stammen. Schlagender kann zahlenmäßig die Heuchelei der konservativ-agrarischen „Mittelstandsfreundlichkeit“ wohl kaum bewiesen werden.

Eine traurige Bilanz. Im Jahre 1910 ist die Zahl der strafgerichtlichen Verurteilungen von Jugendlichen achtmal so stark gestiegen, als die der überhaupt Verurteilten. Es sind 51,809 Jugendliche gegen 49,703 im Jahre 1909 wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze bestraft worden. Der Rückgang im Jahre 1909, der 8,9 v. H. betragen hatte, war also nicht von Dauer. Im größten war der Anteil der Jugendlichen an den Verbrechen gegen das Vermögen, der Diebstahl spielt hierbei die Hauptrolle. Am schwersten Diebstahl sind die Jugendlichen sogar mit 28,5 v. H. aller Verurteilten beteiligt. Die wiederholt rückfälligen Jugendlichen zeigen beim Diebstahl allerdings einen wesentlichen Rückgang, vermutlich, weil die Fürsorgeerziehung eintritt, die ja einer dauernden Einspernung gleichkommt. Sehr stark ist der Anteil der Jugendlichen an der Brandstiftung und zwar an der vorsätzlichen mit 31, an der fahrlässigen mit 18 v. H. aller Verurteilten. Auch der Anteil der Jugendlichen an den Verurteilungen wegen Sittlichkeitsverbrechen, namentlich auch an solchen gegen die Natur, ist sehr stark gestiegen. Dagegen sind wegen Verbrechen und Vergehen gegen den Staat, die öffentliche Ordnung oder die Religion nicht nur sehr wenig Jugendliche beteiligt, sondern ihre Zahl ist auch von 2,2 v. H. im Jahre 1909 auf 2,1 v. H. zurückgegangen. Diese amtliche Statistik zeigt, wie auch bei den jugendlichen Zeiten der Feuerung einen starken Anreiz zu Eigentumsdelikten enthalten, sie zeigt aber auch, daß etwa von einer zunehmenden Aufhebung der Jugendlichen gegen die heutigen politischen Einrichtungen gar keine Rede sein kann, was insbesondere, gemessen an dem Gehalt über sozialdemokratische Jugendberührung, äußerst lehrreich ist. Daß die Zahl der jugendlichen Verbrechen so gewaltig gestiegen ist, beweist aber auch, wie trotz aller bürgerlichen und staatlichen Jugendpflege die Verwahrlosung der Jugend weiter voranschreitet — eine unermessliche Begleiterscheinung des kapitalistischen Systems, das Vater und Mutter zur Berufsarbeit zwingt und dadurch die Jugend sich selbst überläßt. Welcheicht hätte man den bürgerlichen Wahlleuten diese amtliche Statistik vor, wenn sie der Sozialdemokratie vorwerfen, daß sie die Familie zerstören wolle!

Was nützen Panzerschiffe? Eine Zuschrift an die „Times“ stellt die Frage zur Erörterung, ob man in Zukunft nicht auf den Panzerschutz für Kriegsschiffe ganz verzichten sollte. In dem Wettstreit zwischen Geschütz und Panzer sei das Geschütz unbedeutender Sieger geblieben. Schon heute durchschlägt das 30,5-Zentimeter-Geschütz auf Entfernungen unter 7000 Meter jeden vorhandenen Schiffspanzer, auf 3000 Meter sogar 430-Millimeter-Kruppstaahl. Diese Leistung werde noch übertraffen durch das neue englische 34,3-Zentimeter-Geschütz, das 905-Millimeter-Kruppstaahl auf 10.000 Meter durchschlägt, während dem neuen deutschen 30,5-Zentimeter-Geschütz sogar eine Durchdringungskraft von 1200 Millimeter Stahl nahe der Mündung zugeschrieben werde. Außerdem stehe die Einführung noch schwerer Geschützkaliber bevor. Der nächste vorgeschlagene Schiffspanzer sei aber nur 305 Millimeter. Es habe daher keinen Zweck, die Schiffe mit dem schwereren Panzer zu versehen, wenn sie die Familie zerstören wolle!

lasten, wenn sie trotz seines Vorhandenseins durch das Feuer der schweren Artillerie in fünf Minuten in einen Trümmerhaufen verwandelt werden könnten. — Es könnte, da man die Schiffe nicht noch schwerer bewaffnen kann, wirklich dahin kommen, daß sich das Retrieren aus sich selbst heraus unmöglich macht. Aber die unter den Rüstungen stehenden Völker täten doch besser, nicht so lange zu warten!

Die Berliner Stadtverordneten und der Schiekerlak des Polizeipräsidenten. Der von der Berliner Stadtverordneten-Verammlung zur Vorbereitung des sozialdemokratischen Antrages wegen des Jagow'schen Schiekerlakes eingeleitete Ausschuss trat Freitag abend zusammen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der Verurteilung eingeleitet wird gegen die in einem Schreiben des Polizeipräsidenten an den Magistrat niedergelegte Auffassung über die Rechte der Stadtverordnetenversammlung. Soweit der offizielle Bericht über die Sitzung, aus dem wohl zu entnehmen ist, daß der Polizeipräsident der gewählten Vertretung Berlins das Recht bestritten, sich gegen seinen Schiekerlak zu wenden. Der Einfluss der Stadtverwaltung auf die staatliche Polizei ist ja in Preußen gleich Null. Dafür aber gehen die Leistungen der Städte für die Polizei in die Millionen, was auch ein Beitrag zur vielgerühmten preussischen Selbstverwaltung ist.

Doch Fälle für Jatho. Zu der Meldung, daß in Köln keine Fälle für die religiösen Vorträge des absehbaren Pfarrers Jatho zur Verfügung stehen, teilt der dortige Verein für evangelische Freiheit mit, daß hierin kein Einfluß, sondern nur eine Begleiterscheinung — des Karnevals zu erkennen ist, der in Köln mit Karnevalsfeierungen schon jetzt beginnt. Auch der große städtische Gärtnerei-Saal sei von der Stadtverwaltung zu einem religiösen Vortrage bereitwilligst hergegeben worden.

Der Dank für die Wahrheit der Lehrer. In einer konservativen Versammlung hat, wie die „Völkische Zeitung“ als Ochsersleben berichtet, der konservativ-rechtliche Kandidat d. H. v. r. e. d. e. g. e. l. a. t. er würde lieber sehen, wenn die Lehrer ihre freie Zeit — denn bei ihnen habe ja das Arbeitsjahr nur dreizehn Monate und die Woche nur 9 Stunden — benutzen würden, katholische Arbeiter auf dem Lande zu erziehen. In derselben Versammlung sagte ein Herr Varimus: „Der liebe Gott weiß alles, aber die Lehrer wissen alles besser.“ — Das ist der Dank.

Wahlerschiebung en masse? Wie die Rheinisch-westfälische Zeitung“ mitteilt, hat das Zentrum 3500 sichere Wähler aus dem schwarzen Kreis Saarbrücken in den münster schwarzen Kreis Saarbrücken abkommandiert, um Wasserfall im ersten Wahlgange zu werfen. Dabei aber hat jüngst die „Rhein. Volkszeitung“ das Abkommandieren von Wählern von einem in den anderen Wahlkreis als einen an die Grenze des Unzulässigen streifenden Wahlakt gekennzeichnet. — Wie's kreist!

Ulfenführer im Wahlkampf. Aus Janau wird uns geschrieben: „Im Janauer Wahlkreis läßt sich der Vorliegende der konservativen Partei, ein Hauptmann a. D. mit Wägen des 6. Ulfen-Regiments in die Ortschaften des Janauer Wahlkreises fahren, um Stimmung für den konservativen Kandidaten zu machen. Der Hauptmann a. D. scheint großen Wert auf die Uniform zu legen und denkt, durch die schmutzigen Ulfen den Bauern mehr für die konservativen Sache imponieren zu können.“ — Auch ein Beispiel für die Verführung der Dienstzeit.

Konservativer Wahlakt. In der gestrigen Versammlung in Gnojau hat, den „Z. v. N.“ zufolge, Veltzer Danemann für Herrn v. Eldenburg-Janitschau in folgender Weise Stimmen zu pressen gesucht: „Wir haben noch eine gewaltige Waffe in der Hand gegen diejenigen, die uns nicht folgen oder die Kandidatur des Herrn von Eldenburg nicht unterstützen wollen, und das ist der Boykott! Ich für meine Person werde diesen Boykott durchführen über diejenigen Kaufleute und Handwerker, die Herrn von Eldenburg nicht wählen wollen.“ Die Konservativen arbeiten nur mit anständigen Mitteln — sagte Herr von Seydebrand aus dem Parteikomitee in Breslau.

Nicht mehr kandidierende Zentrumsabgeordnete. Von den bisherigen 103 Zentrumsabgeordneten des Reichstages kandidieren, nach der „Rhein. Volksztg.“, nicht wieder:

- H. a. m. e. c. h. e. r. (Köln-Land), Karl Fröhen (Münster-Rees), Alois Fröhen (Köln), Stupp (Münster), Freiherr v. Wolff-Mittelbach (Wittlich-Berkauf), Euler (Trier), Dr. Osfergelt (Reinberg-Gefelsen), Herzog von Lubberg (Lüdinghausen-Warendorf-Gefeln), Prof. Dr. S. p. a. h. u. (Warburg-Höfger), Graf v. Dopperdorff (Blah-Gabelschwerdt), von Strombeck (Wellinghofen-Worff), Dr. Vitter (Dietrich-Verlenbrich), Bed. (Münster), Frhr. v. Freyberg (Zugliffstadt), Spinbler (Gernersheim), Frhr. von Pletten (Regensburg), Dr. Helm (Münster a. Walde), Holzapfel (Schweinfurt), Kalkhof (Münster), Schneider (Münster-Gewangen), Dr. Vonderheuer (Schiffstadt), Hoff (Saargemünd), Dr. Lowski (Münster). — Wo hat sich nur der Dr. Fleischer hinverdrückt?

In einer Zentrumsversammlung, die in Mönzernheim bei Worms abgehalten wurde, und in der Rechtsanwalt Bogheimer aus Worms sprach, ereignete sich eine wüste Raubauflage. Der Redner behauptete, die katholischen Schwestern ständen unter einem Ausnahmegebot, an dem die Sozialdemokraten mit schuld seien. Der sozialdemokratische Parteisekretär Luk-Worm bezeichnete der „Frankf. Ztg.“ zufolge die Bemerkung in einem Freisprecher als Lüge, was einen Sturm der Entrüstung auslöste. Die Sozialdemokraten wurden mit Flaschen beworfen und mit Säcken und Schirmen bearbeitet.

Das Handarbeitsgesetz wird im Reichsanzeiger vom 30. Dezember veröffentlicht. Das Gesetz tritt am 1. April 1913 in Kraft; ausgenommen sind die §§ 3 und 4, deren Inkrafttreten durch ministerielle Verordnung bestimmt wird.

Die „Renovierung“ der direkten Steuern in Preußen. Die „Berliner Völkischen Nachrichten“ schreiben: Das der Steuerentwurf, betreffend die organische Renovierung der direkten Steuern, der bereits die Allerhöchste Sanktion erhalten hat, zugleich mit dem Etat dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden soll, beschäftigt sich nicht. Er wird erst später mit einer Denkschrift vorgelegt werden, worin die Ergebnisse der sorgfältigen Prüfung der verschiedenen Vorschläge einer Ueberflussesteuer im Zusammenhang dargelegt werden sollen.

Liberaler Mannesmut erweist in dem jüngsten Kreis, den zuletzt der konservative Giese vertrat, in heller Glorie. Der große Gelehrte Wilhelm Ostwald hatte in einer Versammlung erklärt, daß er in einer Stichwahl zwischen dem Junkergrößen und dem Sozialdemokraten stimmen würde. Auf das Geheiß der Agrarierpresse beilen sich nach den Leipziger Neuesten Nachrichten“ die nationalliberalen und fortschrittlichen Vorkämpfer zu erklären, daß Ostwald nicht im Namen ihrer Parteien gesprochen habe. Steht man das nicht — die Front gegen rechts?

Stillschließen für unbemittelte Mütter. Die Stadtverwaltung in Mannheim beschloß die Einführung von Stillschließen für unbemittelte Mütter. Die Ausweisung der Prämien erfolgt nach der Bedürftigkeit. Insbesondere ist dabei die Kinderzahl der Familie mit auschlaggebend. Für das Jahr 1912 sind dafür 20.000 M. vorgesehen.

Zwei neue Prozesse wegen Sanbesterals werden, wie aus Kiel berichtet wird, in allerhöchster Zeit vor dem Reichsgericht in Leipzig verhandelt werden. Zunächst handelt es sich um den ungarischen Leutnant der Reserve von Cerny und seinen Helfershelfer, den russischen Marineleutnant der Reserve von Winoegradow. Beide haben sich militärische Geheimnisse verschafft und an Rußland verkauft. Weiter wird verhandelt gegen den früheren Volkskommissar K. e. i. c. h. aus Stralsburg, der beschuldigt wird, militärische Geheimnisse an England verkauft zu haben. Alle drei befinden sich gegenwärtig im Hamburger Untersuchungsgefängnis. Die Anklageschrift ist ihnen

bereits zugestellt worden. Die Angeklagten sollen in den ersten Tagen des Januar nach Leipzig gebracht werden.

Gegen die Fleischnot. Der Bundesrat hat als Maßnahme gegen die Fleischnot die Herabsetzung und eventuelle teilweise Aufhebung des Zolles auf argentinisches Gefrierfleisch beschlossen. Gott sei Dank! sagen unsere armen Hausfrauen, denen die gewaltigen Fleischpreise so manche schwere Stunde bereitet haben. Leider ist die Freude etwas verfrüht, denn nicht der deutsche Bundesrat hat einen vernünftigen Beschluß gefaßt, sondern der Bundesrat der schweizerischen Republik. Wir Deutschen dürfen weiter hungern.

Der preussische Etat. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht den Hauptinhalt des preussischen Etats für 1912.

Der schwarz-blaue Block. Im württembergischen Wahlkreis Ulm-Deidenheim wird das Zentrum schon im ersten Wahlgang für den Kandidaten des Bauernbundes und der Konservativen, O. r. a. f. - Deidenheim, eintreten. Im Jahre 1907 hatte es das Zentrum auf 4343 Stimmen gebracht, während der bündlerische Kandidat nur 2286 erhielt. Aber ein Schwarz-blauer Block existiert nicht.

Zwei Zentrumskandidaten in einem Kreise. Aus T. r. i. e. r. wird berichtet: Die mit dem offiziellen Zentrumskandidaten Viktor unzufriedene Wählerchaft des Wahlkreises Württemberg-Berncastel stellte Dr. med. Dr. Franzburg in Württemberg als zweiten Zentrumskandidaten auf.

Ausland.

Die „selbständige“ Mongolei. Günstig, das Oberhaupt der buddhistischen Geistlichen, trat als Selbstherrlicher die Regierung der Mongolei an. Mit 2.737.000 Quadratkilometern Fläche ist die Mongolei das größte Nebenland Chinas, enthält aber auf dieser Reichsfläche fünfmal übersteigende Fläche nur 1.850.000 Einwohner, wovon die Hälfte in der Provinz Kopen.

Die Mongolei hat sich nur von China losgemacht, um sich Rußland in die Arme zu werfen. Ihre „Befreiung“ hat also gar keinen Wert. Sie ist auch nur das Werk der mongolischen Fürsten, denen die Republik China ein Geschenk ist.

Intervention in der englischen Textilindustrie. Im Namen der Regierung hat Sir George Knolly vom Handelsamt in dem Konflikt zwischen den Textilarbeitern und den Fabrikanten von Lancashire interveniert. Das Eingreifen erfolgte, ohne daß eine der beiden Parteien um Vermittelung gebeten hätte. Knolly sandte Schreiben an die Vertreter beider Parteien, obwohl diese im voraus erklärt hatten, nicht nachgeben und auch keine Vermittelung annehmen zu wollen.

Arbeiterbewegung.

Zur Tabakarbeiterausperrung.

Noch immer sind die vom Landrat von Barries in Herford und Oberbürgermeister Göhland in Lango gestellten, aber wegen des geringen Entgegenkommens der ursprünglich bestellten Firmen stöckenden Bemittelungsverhandlungen nicht vorwärts gebracht, so daß der Kampf auch ins neue Jahr hinein noch anhält. Immer wieder behaupten die Fabrikanten, die Lage der Zigarrenindustrie lasse keine Lohnerhöhung in nennenswertem Maße zu; sie wollen allerdings damit nur ihre Unnachgiebigkeit verdeutlichen. Die Behauptung der Unternehmer stimmt nicht. Ein großer Teil der Fabrikanten zahlt höhere Löhne für Zigarren in derselben Preiskategorie und derselben Art, als sie von den westfälisch-lippischen verkauft werden. Selbst im Ausperrungsgebiet haben im letzten Jahre eine Anzahl Firmen nennenswerte Zulagen gemacht und sind deshalb mit den Arbeitern sehr gut ausgekommen. Das Fortwähren ihres Geschäftes zeigt, daß es ihnen nicht zum Schaden gewesen ist.

Wenn die Fabrikanten die Summen, um die sie durch die Ausperrung geschädigt werden, zu Lohnaufbesserungen benutzt hätten, so hätte es schon ein Weiches gegeben; sie hätten jedenfalls in ihrem eigenen Interesse vernünftiger gehandelt. Ein Teil der Fabrikanten zum Beispiel besitzt ungeheure Vorräte an Zigarren, die aber nicht an die Kundenschaft gebracht werden können, weil sie nicht verkaufsfähig gemacht werden können; es fehlt an Sortier- und Versandpersonal. Große Kapitalwerte gehen dadurch verloren. Insbesondere mangelt es bei einer großen Zahl Fabrikanten wieder an Kapital; denn der Produktionsausfall ist durch den langen Kampf und die große Zahl der Beurlaubten natürlich ein ganz enormer. Auch hier entsteht den Fabrikanten, da das investierte Kapital brach liegt, ein ungeheurer Schaden; namentlich trifft es die kleineren, weniger kapitalkräftigen Unternehmer sehr schwer, was freilich eine beachtliche Nebenwirkung der im Fabrikantenverband dominierenden Großfabrikanten zu sein scheint. Die Situation, auch von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, zeigt aber, daß die Fabrikanten sich vorgenommen haben, die Organisation zu vernichten, trotz der Möglichkeit bestehender Lohnzulagen und trotz des ungeheuren Schadens, den die Ausperrung ihnen bringt. Aber die Tabakarbeiter hatten aus!

Achtung, Hütten- und Walzwerksarbeiter! In der Düsseldorf-Röhrenindustrie (nächste Abteilung), die kürzlich der Bergwerks-Aktion-Gesellschaft beiliegen angegeschlossen wurde, sind wegen fortwährender Abfordriger Differenzen ausgetreten, die zur Arbeitsüberlegung geführt haben. Die Firma sucht nun in allen möglichen Orten „flüchtige Arbeiter“, die den Streikenden in den Rücken fallen sollen. Es wird deshalb ersucht, Zugua streng fernzuhalten.

Briefkasten

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. Sprechstunden der Redaktion Montags von 12—1 Uhr Mittags. P. M. V., Gerichsdorf. Dieser Anspruch verfährt in vier Jahren.

H. G. S. h. a. n. u. P. B. ü. r. g. e. r. in Breslau 5, Friedrich-Karlstraße 8.

H. G. S. h. a. n. u. P. B. ü. r. g. e. r. in Breslau 5, Friedrich-Karlstraße 8. Gegen den prägenannten Guisbesitzer ist die Privatklage wegen Körperverletzung eingeleitet.

H. G. S. h. a. n. u. P. B. ü. r. g. e. r. in Breslau 5, Friedrich-Karlstraße 8. 1. Mein; eruchen Sie, daß Sie davon befreit werden. 2. Die Unfallrente wird nach dem letzten Jahresverdienst berechnet. Sie werden etwa 25 Mark monatlich erhalten.

H. G. S. h. a. n. u. P. B. ü. r. g. e. r. in Breslau 5, Friedrich-Karlstraße 8. Wenn es sich um einen bürgerlichen Rechtsstreit handelt, können Sie sich von einem anderen vertreten lassen; wird aber vor dem Schöffengericht oder der Strafkammer verhandelt, dann müssen Sie selbst zur Verhandlung erscheinen. In beiden Fällen können Sie nicht verlangen, daß in Breslau verhandelt wird.

Parteienossen!

denkt an den Wahlfonds!

Aus der Geschäftswelt.

Das laufende Publikum sei auf das heutige Inserat der Firma Max Hermann, Ring 53, ganz besonders hingewiesen.

1. Beilage zu Nr. 1 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 3. Januar 1912.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. Januar.

Geschichtskalender.

3. Januar.

- 1752 Der Geschichtsschreiber Johannes von Müller in Schaffhausen *.
- 1833 Der Dichter Hans Dopfen in München *.
- 1890 Der Kirchenhistoriker Karl von Hase in Jena †.

Wo wird gewählt?

Der Magistrat gibt im Gemeindeblatt bekannt, in welchen Lokalen am 12. Januar gewählt wird und wer die Wahlvorsteher und ihre Stellvertreter sind. Als Wahllokale wurden für alle 160 Bezirke Schulzimmer der Volksschulen und der höheren Schulen bestimmt; der Wahlkreis Breslau-Ost zählt 77 Bezirke, Breslau-West 83. Ein genaues Straßenverzeichnis mit Angabe aller Wahllokale wird in den nächsten Tagen der „Volkswacht“ beigelegt werden, sodass es jedem leicht möglich ist, sein Wahllokal festzustellen.

Der Magistrat ladet alle in den Listen verzeichneten Wähler zur Wahl ein und weist darauf hin, daß in der Zeit von vormittags 10 Uhr bis abends 7 Uhr ununterbrochen gewählt werden kann. Jeder wählt in dem Wahllokal des Bezirkes, wo er in die Wählerliste eingetragen ist. Wer also jetzt in andere Wohnung verzogen ist, muß im alten Bezirk wählen.

Die Wahl wird Punkt 7 Uhr abends geschlossen; nach dieser Zeit wird keine Stimme mehr angenommen; auch nicht von den Wählern, die schon vor 7 Uhr im Wahllokal waren. Daraus ergibt sich für alle Wähler die Lehre, spätestens in der Mittagsstunde zur Wahl zu gehen.

Eine Neujahrüberraschung für die Breslauer Polizei.

Zur weiteren Belebung des Wahlkampfes war am Neujahrstage eine Wählerversammlung im Gewerkschaftshaus angelegt, zu der ein deutscher Reichstagsabgeordneter als Redner gewonnen werden sollte. Da aber alle unsere rednerischen Kräfte in diesen Tagen stark besetzt sind, mußte ein anderes Auskunftsmittel gefunden werden und ein solches bot sich in den Reihen der allzeit hilfsbereiten österreichischen Genossen, die bei Wahlen immer der Grenze entlang den Genossen gern unter die Arme greifen. In Breslau freilich hat das seine Schwierigkeiten. Während in Berlin Franzosen und Engländer unbeanstandet sprechen, während in Dresden und Frankfurt Genosse Bernerstorfer jetzt wieder ganz sorglos als Redner angekündigt werden kann, glaubt die Breslauer Polizei die hiesigen Arbeiter vor der Berührung mit ausländischen Rednern fernhalten zu müssen. Diese etwas weitgehende, in Charakter und Temperament der Breslauer Profetarien gänzlich begründete Bevormundung, tief natürlich bei unseren Genossen alles andere als Bewunderung und Anerkennung

herbor und anlässlich eines früheren Verbotes waren die löblichen Absichten der Polizei durch unsere Parteilichkeit bereits mit viel Humor und Geschick durchkreuzt worden.

Als nun gestern die Versammlung vor dem gänzlich gefüllten Gewerkschaftshaus begann, war der Redner zunächst nicht zur Stelle. Genosse Löbe machte einige einleitende Ausführungen und wies auf die Agitation des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie hin. Inzwischen war der „Freund aus dem Süden“ angekommen und begann sofort sein Referat, indem er an die Wahl vor fünf Jahren anknüpfte und auf die veränderte Sachlage in der Gegenwart hinarbeitete. Ganz beschlagen wie ein reichsdeutscher Redner besprach er dann die durch Zölle, Grenzsperrren und Kartellbildung hervorgerufene Zerrung und die Verschwendung der besten Kräfte des Volkes an den Militarismus. Dann ging der fremde Gast auf die Finanzreform ein, um sich am Schluß einer Kritik unserer Gesellschaftsordnung zuzuwenden, die in dem Massenleben der Berliner Arbeiter eine graufige Beleuchtung erfahren hat. Mit großem Beifall dankte die Versammlung für die temperamentvollen Ausführungen des Redners, der aber gleich wieder verschwand, weil, wie wir hören, „sein Zug bald abging“.

Genosse Löbe nahm hierauf das Wort und sagte: „Werte Versammlung, ich habe vorhin unterlassen, den Namen unseres Redners mitzuteilen, es war das Mitglied des österreichischen Reichsrates, Abgeordneter Hans Doll aus Troppau!“ Weiter kam Genosse Löbe nicht, denn jetzt brach ein Beifallssturm los, wie ihn das Gewerkschaftshaus wohl kaum jemals erlebt hat. Immer wieder begannen die Ovationen für den soeben „Abgereisten“ und den glücklichen Coup, sodass Genosse Löbe kaum noch einige erklärende Worte hinaussagen konnte. Vor anderthalb Jahren habe der Polizeipräsident einmal die Rede des Genossen Doll in Breslau unterzogen, weil er „Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Preußen“ besürchte. Unser Vertrauen zur preussischen Sicherheit war fester, eine Probe könnte mindestens gemacht werden, dachten einige Verwegene, und es scheint, als ob die Probe glücklich auslaufen wäre. Dann habe uns die Breslauer Polizei im Laufe des Jahres 1911 so viele Überraschungen durch die Beschlagnahme von Kranzschleifen bereitet, daß eine Neujahrüberraschung unsererseits vielleicht nicht so uneben wäre. Jeder einzelne Satz dieser Anklage wurde mit brausenden Heiterkeits- und Beifallsrufen aufgenommen. Es erfolgte noch ein kräftiger Appell zur Mitarbeit am kommenden Sonntag und ein Hoch auf die deutsche und die österreichische Sozialdemokratie schloß den offiziellen Teil der Tagung. Die Genossen aber blieben noch ein Weilchen im angeregten Gespräch bei einander und unterhielten sich über die Absichten der nächsten Wahlschlacht.

Die Frau in der Gemeinde.

Viele Jahrzehnte hindurch ist die Frau auch in der Gemeindeverwaltung nicht gehört worden; alles sollten die Männer tun. Endlich hat man aber doch eingesehen, daß die Frauen auf bestimmten Gebieten, z. B. in der Armen- und Waisenspflege eigentlich viel besser arbeiten können, als die Männer. Die häusliche Tätigkeit und die Pflege und

Erziehung der Kinder verschafft den Frauen Kenntnisse in Erfahrungen, die gerade in der Gemeindeverwaltung äußerst wertvoll sind.

In den letzten Jahren wurden vor allem in den größeren Städten die Frauen immer mehr zur Mitarbeit herangezogen. Sehr wichtig ist, was jetzt aus Mannheim gemeldet wird. Dort wurden nach dem Ausgange der Neuwahlen der Stadtverordneten und der Stadträte auch in die Arbeits-Kommissionen der Gemeindeverwaltung eine Anzahl Frauen und unter diesen mehrere Genossinnen gewählt. Bei der Besetzung der Kommissionen mit Frauen wurden alle Parteien gleichmäßig berücksichtigt. Je eine Genossin ist gewählt in die Kommission für das städtische Arbeitsamt, in die Armenkommission, die Krankenhauskommission, die Schulkommission und in die Kommission zur Verteilung von Krübstück und Essen für bedürftige Schulkinder und unentgeltlicher Abgabe von Schulentlohn.

Die weiteren Genossinnen für Kommissionen, die später zu wählen sind, steht noch in Aussicht. Das Recht der Mitarbeit der Frau an kommunalpolitischen Aufgaben ist in Mannheim infoweit anerkannt worden, als nicht geflüchtete Genossinnen bestehen. Gegenüber dem bisherigen Zustand ist das ein anerkannter Fortschritt, der umso höher zu bewerten ist, als jetzt für Mannheim die Gleichberechtigung der proletarischen Frau neben der bürgerlichen anerkannt ist. Von den meisten schlechten Gemeinden kann das leider nicht gesagt werden. Um so eifriger werden die sozialdemokratischen Gemeindevertreter bemüht sein, auf die nützliche Mitarbeit der Frauen immer und immer wieder hinzuwirken.

Das neue Jahr

wurde auch in Breslau wieder mit Glockenklang und hellem Jubel begrüßt. Alle Veranstaltungsorte waren, wie stets am Silvesterabend, „zum Brechen voll“. Auch auf den Straßen und Plätzen herrschte eine sehr heitere Stimmung. In der Maria-Magdalenenkirche bewegte sich schon lange vor 12 Uhr eine zahlreiche Menge, um die „Arme-Zünderlosche“ läuten zu hören. Besonders lebhaft ging es auf dem Ring zu. Hier herrschte zeitweise ein geradezu lebensgefährliches Gedränge, das hauptsächlich die noch in den Pflanzengärten stehenden „jungen Herren“ dazu benutzten, allerlei Künsteleien und Streicheiten besonders den Frauen und Mädchen gegenüber zu verüben. Vor dem „Goldenen Becker“ entstand sogar im Handumdrehen eine kleine Keilerei, wobei sich bald die Streitenden auf der Erde herumwälzten. Da kommt es nur zu leicht, wenn ein etwas unanständiger, schließlich gar nicht einmal beabsichtigter Zwischenfall, noch unanständiger erwidert wird. Zurückgekehrte Naturen werden also gut tun, sich nicht in den tollen Silvester-Trubel auf dem Ring zu stürzen, sondern das neue Jahr hübsch stillam zu Hause bei einem Glase — selbstverständlich alkoholfreien — Fruchtsaft zu erwarten.

Der Neumarkt war, wie immer in den letzten Jahren, offenbar zum Schutze des Gabelstreiches, von einer Schutzmannschaft abgegrenzt. Wahrscheinlich fürchtete die Polizei, daß der ahnende „Herr der Hüften“ von übertriebenen Neujahrsgarantanten in sein wackres Element gestürzt werden könnte. So unrecht hätte sie am Ende nicht einmal, denn von der heiteren Stimmung bis zur Verübung von Unfug ist es nur ein Schritt, das beweist der erst kürzlich am Gabelstreich und an der Hauptstraße verübte „Tubenentwurf“. Solche „Späße“ werden besonders in der Silvesternacht sehr gern ausgeführt.

Ueber das Verhalten der Polizei in der Silvesternacht wird uns von einem Leser geschrieben:

„In manchen Stellen war die Polizei sehr aufgeregt. Auf dem Ring an der Kornweide sah man den Polizeikommissar Mutjache, der jedem Trostschensperd in die Zügel fiel, um es

Zum Wahlmonat gehört sich ein Abonnement auf die Volkswacht.

Aus aller Welt.

Das große Sterben. Die Erkrankungen unter den Besuchern des Asyls für Obdachlose haben seit Freitag wieder erheblich zugenommen. Nach polizeilichen Feststellungen betrug ihre Zahl bis Sonntag vormittag 10 Uhr 132, von denen 60 Fälle tödlich verlaufen sind.

Auch im Stadtvautegefängnis sind am Sonntag vormittag drei Männer erkrankt: Der Feilenhauer Oskar Jenzsch aus Döbichau, ein Mann von 41 Jahren und die 30 und 41 Jahre alten Arbeiter Karl A. Kowjki aus Gelligenwald und Mathias Baranek aus Karag. Jenzsch ist bereits gestorben. Seine Leiche liegt noch im Gefängnis. Die beiden anderen wurden nach dem Krankenhause in Moabit gebracht.

Die Ursache des Massensterbens ist leider noch immer nicht ganz einwandfrei aufgeklärt, und dieser Umstand hat seitens der Behörden. Es ist geradezu unglücklich, welche Häubergeschichten es in diesem Teil der Bevölkerung über die Ursachen der vielen Todesfälle im Umlauf sind. Man braucht nur die kleinen Schankwirtschaften in der Nähe des Obdach zu besuchen und den Gesprächen der Gäste zu lauschen, deren einziger Thema jetzt das Massensterben bildet. Kein Mensch glaubt dort an Vergütung durch verdorbene Bücklinge, aber auch die Möglichkeit einer zufälligen Veräufung der Suppe im Asyl wird nicht zur Erklärung herangezogen. In den Köpfen jener Armen, die selbst wohl oft genug das Asyl aufsuchen müssen, hat sich ein unumstößlicher Glauben festgesetzt, daß den Asylisten absichtlich Gift gegeben worden sei, um sie zu dezimieren. Vergebens sind alle Hinweise auf die Erklärungen der Behörden, vergebens alle Vernunftgründe. „Et sind zu vil in de Palme gekommen, und da harr se ihr wat jegeben, dat et weniger wer'n!“ Das wird mit größter Seelenruhe in den Wirtschaften unter der Zustimmung der Gäste „festgestellt“. Aus diesem unfinnigen Glauben erklärt sich auch die in den letzten Tagen beobachtete Abnahme der Besucher des Asyls. Ja, die Furcht der armen Menschen ist so groß, daß sie sich nicht einmal in die Nähe des Asyls wagen. Es ist ein Stück mittelalterlichen Aberglaubens, nach Art der Furcht vor Brunnenvergiftungen, wieder aufgewacht. Um so mehr ist zu wünschen, daß recht bald eine schlüssige Aufklärung über die Ursache der Massensterbungen gefunden wird.

Noch niemals seit dem Schutze des Schankhauses in der Wannoverstraße hat dieses Gebäude ein so lebhaftes Interesse im Publikum erregt wie jetzt. Trotzdem die Räume für den Untertafelieren streng geschlossen sind, hat sich doch ein großer

eine große Schar Besucher eingefunden, die des Momentes harren, daß man die Tore wiederum öffne. Auch das Polizeirevier, das ständig im Schankhause untergebracht ist, mußte die Zahl der Beamten erhöhen, da sich der Andrang des Publikums von Stunde zu Stunde steigert. Die Mehrzahl führt ihr Weg allerdings aus Neugierde hierher, während nur ein Bruchteil Einlaß begehrt, um Anverwandte oder Vermisste unter den Toten zu rekonozizieren. Meist sind es die Genossen der Gestorbenen, die der Polizei mit ihrem Wissen zur Hand gehen sollten, und nur wenige besser gekleidete Personen erblickt man in der Menge. Zuweilen steht man etwa die gebückte Gestalt einer Frau, die an dieser Stätte des Todes ihren Ehemann wiederzufinden hofft, der sie vor Jahren verlassen hat.

In der Leichenhalle selbst und in den Eisstellern erblickt man beim trübem Schein des einfallenden Lichtes des Wintertages die unbefleckten Körper der Toten. Stumm und steif liegen sie da, in Reih und Glied aufgebahrt und nur mit dem Notwendigsten bedekt. Ueber hundert sind es, die hier hinter diesem grünlichem Glase im vorläufigen Grab gefunden haben, allerdings gehört nur der kleinere Teil zu denen, die das fürchterliche Gift hinweggerafft hat. Trotz dieser Riesenzahl bieten die Räume noch vielen Toten Platz, und es ist ja leider auch nicht abzusehen, ob nicht die nächsten Tage eine weitere Zahl Entseelter bringen. Dem angrenzenden Sezierersaal entströmt ein häßlicher Geruch, der durch das Öffnen der vielen Leichen verursacht wird und gegen den keine Lüftung aufkommen vermag. Ein ständiges Kommen und Gehen von Ärzten und Kriminalisten findet hier statt, und nicht selten wird der zerstückte Körper eines Sezieren auf einer Bahre in die Totenkammer befördert, um unterzucht in den schlichten Holzerg gebedet zu werden. So spielt sich in diesen Tagen des Unglücks hinter den gelblichen Mauern des sonst ängstlich gemiedenen Hauses ein reges Treiben ab, das hoffentlich dazu beitragen wird einiges Licht in das Dunkel der seltsamen Krankheit zu bringen.

Von Sonntag 8 Uhr bis zum Sonntag Abend 8 Uhr hat sich kein neuer Todesfall unter den Asylisten ereignet. Einzelne von neuen Erkrankungen werden aus dem Birchow-Krankenhaus gemeldet. Dort sind sieben Erkrankte eingeliefert worden, doch scheitern vier von diesen Fällen aus, bei denen die üblichen Krankheitserscheinungen nicht beobachtet werden. Bei den übrigen drei Fällen ist es noch zweifelhaft, ob dieselbe Erkrankung vorliegt, wie bisher. Man neigt jetzt tatsächlich der Ansicht zu, daß die

die Polizei hat sich veranlaßt gesehen, zahlreiche Schwabvorräte aus den in der fraglichen Gegend vorhandenen Destillationen zu konfiszieren. Man hofft, daß nunmehr dem Fortschreiten der Krankheit Einhalt getan ist.

Nachdem vom 30. Dezember abends bis zum 31. Dezember abends kein weiterer Todesfall unter den Asylisten zu verzeichnen ist, und auch weitere Schwereerkrankungen nicht vorgekommen sind, sind in der Zeit vom 31. Dezember abends bis zum 1. Januar abends wieder eine größere Anzahl von Erkrankungen vorgekommen. Allein von drei Uhr nachmittags bis acht Uhr abends wurden 20 Neuerkrankte in den verschiedenen Krankenhäusern untergebracht. Im ganzen hat sich die Situation entschieden gebessert, da sich innerhalb von 18 Stunden tatsächlich nur ein Todesfall ereignete. Diese Besserung wird darauf zurückgeführt, daß die Destillation von F. J. A. A., aus der die Asylisten zum großen Teil ihren Schnaps bezogen, am Sonntag polizeilich geschlossen wurde. Von anderer gut unterrichteter Seite wird dem hiesigen Telegraphenbureau hierzu noch folgendes mitgeteilt: Nachdem in der Destillation von F. J. A. A. festgestellt worden ist, daß dortselbst Methyloalkohol mit Spirit verkauft worden ist, wurde das Lokal polizeilich sofort geschlossen und der Besitzer, des Sprits, der Drogerie Scharmach in Charlottenburg, wurde durch die Kriminalpolizei verhaftet und der Staatsanwaltschaft wegen Betruges und wegen Vergehens gegen den Paragraphen 12 des Nahrungsmittelgesetzes vorgeführt und in Haft begeben. Es wurde nun mit Bestimmtheit festgestellt, daß in der Tat bis zu Weihnachten in der Destillation von F. J. A. A. einwandfreier Spirit verkauft wurde und daß erst in den Weihnachtstagen der Methyloalkohol von dem Drogerien Scharmach bezogen worden ist. Demnach neigen jetzt die Ärzte des Städtischen Obdach ganz entschieden zu der Ansicht, daß die Vergiftungsfälle lediglich auf den Genuß des Methyloalkohols zurückzuführen ist, während die Ärzte des Krankenhauses Am Friedrichshain sich noch nicht zu dieser Ansicht bekehrt haben. Es herrschen also in den Kreisen der Berliner Ärzte über den Ursprung und den Erreger der fürchterlichen Krankheit, die bei so vielen schon so schnell zum Tode geführt hat, noch zwei

2. Beilage zu Nr. 1 der „Volkswacht“.

Wittwoch, den 3. Januar 1912.

Millionäre, die in den Reichstag wollen.

Es ist eine ganz erhebliche Anzahl von Glücklichem, deren Vermögen sich durch siebenstellige Zahlen ausdrücken läßt, unter den Männern, die am 12. Januar in den Reichstag gewählt werden möchten — sei es als Neulinge, sei es, um die heißbegehrten Buchstaben „M. d. R.“ auch während der nächsten Legislaturperiode auf ihre Wippenarten setzen zu können.

Allen voran marschiert Hans Georg Anna Eduard Karl Anton Graf v. Oppersdorff, Freiherr zu Nisch und Friedhain, der zwölf oder dreizehn Millionen Mark Vermögen und ein Einkommen von einer halben Million haben soll. Das Fideikommiß Ober-Glogau, das dem Grafen Oppersdorff gehört, besteht aus siebenzehn Rittergütern, hat einen Flächeninhalt von 6084 Hektar und einen Grundsteuertrag von 131.900 Mark.

An zweiter Stelle steht der Generalleutnant z. D. Konrad v. Schubert zu ... in der Kurfürstengasse 132 wohnhaft. Vor dreißig Jahren war er noch einfacher Herr Schubert und Offizier der Berliner Gardepioniere. Am 22. August 1881 aber heiratete er zu Neuntischen die älteste Tochter des „Königs Stumm“ — des Geheimen Kommerzienrats Karl Stumm, aus dem der Kaiser Friedrich während der hundert Tage seiner Regierung einen „Freiherrn v. Stumm-Galberg“ machte. „König Stumm“ hinterließ, als er am 8. März 1901 in Galberg starb, nur Töchter und Herr v. Schubert (sein Nefewohn) vom 15. Januar 1899) verwaist, als ältester seiner Schwiegerjöhne sein Erbe. Man schätzt das Vermögen des Herrn v. Schubert auf acht Millionen Mark und sein Einkommen auf eine halbe Million.

Während Herr v. Schubert sich zur Reichspartei, die überhaupt eine kleine Partei der Millionäre genannt werden könnte, bekennet, ist der Fürst Rich. zu Dohna-Schlöbitten ein Kandidat der deutsch-konservativen Partei. Das Vermögen des Fürsten beträgt acht oder neun Millionen Mark und sein Einkommen 300.000 Mark. Der Fürst zu Dohna zählt die zweithöchsten Steuern im Regierungsbezirk Königsberg.

Der Höchstbesteuerter ist dort der Freiherr v. Gamp-Wajauen (bis zum 27. Januar 1907 hieß er bloß Herr Gamp) mit einem Einkommen von mehr als 600.000 Mark, das er hauptsächlich seiner Gemahlin, einer Schwester des Kommerzienrats Vaher in Elberfeld, verdankt. Freiherr v. Gamp hat im letzten Reichstage den Kreis Deutsch-Krone vertreten und saß auf den Bänken der Reichspartei nahe bei dem

Wirklichen Geheimen Rat Willibald v. Dirlsen (Abel vom 25. April 1887), dessen Vorfahren den klugen Gedanken hatten, Grundstücke im Berliner Westen zu erwerben, solange diese Grundstücke noch billig waren, und von dessen pekuniären Verhältnissen man sich eine Vorstellung machen kann, wenn man weiß, daß er der Kaiser Wilhelm-Akademie vor etwa Jahresfrist eine ganze Million, bar auf den Tisch des Hauses, stiftete, wofür sich ihm, der als Geheimen Legationsrat mit dem dekorativen Gesandtenkittel aus dem Dienste des Auswärtigen Amtes geschieden war, sein Herzenswunsch erfüllte, sich mit dem Prädikate Erzellenz geschmückt zu sehen.

Zur Reichspartei zählt auch Herr Louis Bauermeister, Besitzer von Gütern und Bergwerken, auf Deutsche-Grube bei Bitterfeld. Vermögen: sieben bis acht Millionen Mark, Einkommen 360.000 Mark.

Unter den nationalliberalen Wahlkandidaten fällt zunächst der Geheimen Regierungsrat a. D. Felix Schwabach, Berlin, Silberbrandstraße 16, durch ein Vermögen von sieben Millionen und ein Einkommen von 100.000 Mark auf. Die Gemahlin des Herrn Schwabach ist eine Schwester der beiden Hauptinhaber des angesehenen Bankhauses Lazard-Speyer-Ellsen, des Mr. James Joseph Speyer in New York und des Sir Edgar Speyer in London. Der Kommerzienrat Eduard Warling in Wiesbaden, der gleichfalls nationalliberaler Kandidat ist und der nationalliberalen Partei schon so manches Opfer gebracht hat, wird auf sechs bis sieben Millionen Mark Vermögen und eine Jahresrente von einer halben Million tagert, immerhin ein recht angenehmes Auskommen, das er in erster Linie einer von ihm begründeten Tiefbaugesellschaft verdankt. Nicht viel geringer sind Vermögen und Einkommen des Präsidenten des Sanjahandes, des Geheimen Justizrats und Professors Dr. F. A. Kießer, der ein Vermögen von sechs Millionen vererbtet und dessen Einkommen infolge der zahlreichen Aufsichtsratsstellen, die er bekleidet, etnem noch viel größeren Kapitale entspricht.

Ebenso hoch steht Martin das Vermögen des nationalliberalen Bringen Heinrich zu Schönaich-Carolath und des für das Zentrum kandidierenden Grafen Friedrich v. Galen, Erbküchenmeister im Fürstentum Münster, an. Den konservativen Kandidaten, Grafen Friedrich v. Carmer schätzt er auf drei bis vier Millionen Mark und sein Einkommen auf 140.000 Mark. Graf Carmer ist Mitglied des Repräsentantenkollegiums der Bergwerksgesellschaft „Georg von Giesches Erben“ in Breslau, deren Anteile einen Wert von rund 30.000 Mark pro Stück haben, obgleich ein Anteil nur den zehntausendsten Teil des Gesamtvermögens der Gesellschaft ausmacht.

Damit ist die Liste der Millionäre, die in den neuen Reichstag möchten, nicht erschöpft. Einiges besonders interessante Beispiele nur sollten hier aus ihr herausgegriffen werden.

25 Gründe, keinen Liberalen zu wählen.

Die Nationalliberalen stimmten für das Sozialistengesetz.

Am 18. Oktober 1878 saßen auf Grund eines Kompromisses der Deutschkonservativen, Preiskonserverativen und Nationalliberalen das Sozialistengesetz zustande, das den schlimmsten Schandfleck in der Geschichte des neuen Deutschen Reiches bildet. Durch dieses Gesetz wurden Verfassungsverstoß, Verens- und Pressefreiheit beseitigt. Tausende ehrlicher deutscher Staatsbürger wanderten ins Gefängnis oder in die Verbannung.

Die nationalliberale Partei hatte sich zunächst den suchwürdigen Plänen der Regierung widersetzt, war aber dann, durch Bismarcks Drohungen einseitigkeit, umgefallen. Vor der Schlussabstimmung richtete die nationalliberale Fraktion Kaiser den Weg der Ausnahmeseilgesetzgebung und betonte die „Notwendigkeit“ des Zustandekommens des Gesetzes, für das die Nationalliberalen sodann geschlossen stimmten.

Die Freisinnigen begünstigten die Verbeibaltung des Sozialistengesetzes.

Schon bei der Abstimmung im Oktober 1878 hatte ein Fortschrittler mit den Nationalliberalen und Konservativen zusammen für das Schandgesetz gestimmt. Als im Jahre 1884 die Verlängerung des Gesetzes im Reichstag zur Veranlassung — die soziale Schandlichkeit des ausnahmerechtlichen Zustand — war unzuwider in deutliche Erscheinung getreten, da stimmten 27 Freisinnige für die Verlängerung. Ein großer Teil der Fraktion lehnte, weil er vom Fraktionsvorstand abkommandiert war. Mit 189 gegen 137 Stimmen wurde die Verlängerung angenommen, woraus sich ergibt, daß es dem Freisinn schon 1884 möglich gewesen wäre, das Gesetz zu Fall zu bringen, wenn er nicht anders gewollt hätte.

Für die politischen Verfolgungen der folgenden Zeit trägt der Freisinn die Verantwortung mit, genau so wie er die Mitverantwortung für die Zuständlichkeit trägt, die durch das neue Reichsverfassungsgesetz heraufbeschworen wurde.

Parteien, deren Geschichte mit solcher Schande behaftet ist, können auch für die Zukunft nicht als zuverlässige Gegner von Ausnahmeseilgesetz gelten.

Der Aufmarsch zu den Wahlen in Anhalt.

Der Wahlkampf in den beiden anhaltischen Wahlkreisen läuft besonders heftig, weil das Bürgertum damit rechnen muß, seine Kreise an die Sozialdemokraten zu verlieren. Den Kreis Bernburg-Waldleben hatten wir 1898 mit dem Genossen Albrecht als Kandidaten mit einer Mehrheit von 152 Stimmen erobert. Im Jahre 1903 verloren wir den Kreis mit 578 und im Jahre des nationalen Wählens 1907 mit 1330 Stimmen Minister, jedesmal an die Nationalliberalen.

Im gegenwärtigen Wahlkampf bewerben sich von bürgerlicher Seite die Konservativen mit dem Generalkonsul Dr. Zimmerer, die Nationalliberalen mit dem anhaltischen Landtagsabgeordneten Pastor Baumstedt und die Demokraten mit Freitrich um das Mandat. Für uns kandidiert wieder Genosse Wendler. Die Freisinnigen haben keinen Kandidaten aufgestellt und wollen sich anscheinend passiv verhalten. Die Bevölkerungszahl ist in diesem Wahlkreise — zum Teil durch Reduzierung von Arbeitskräften in der Industrie — zwar zurückgegangen, die Zahl der Abonnenen auf unser „Volkswacht“ und auch die Zahl der organisierten Genossen hat aber bedeutend zugenommen. Auch die Leistungsfähigkeit und Schlagfertigkeit der Organisation konnte gesteigert werden. Wir dürfen danach hoffen, daß wir mit Hilfe der Wohltäter des vergangenen Reichstages das rote Banner im zweiten anhaltischen Wahlkreise wieder aufhängen können.

Im Wahlkreise Dessau-Jerich betrug die bürgerliche Mehrheit 1898 1907 (Hauptwahl) mit Koefide gegen uns 329, 1903 (Nachwahl) mit Schrader 1401 und 1907, ebenfalls mit Schrader, 5360 Stimmen. Da außer der stattgefundenen Zunahme unserer Presse auch hier die Bevölkerungsstärke zugenommen ist, ist auch der Kampf im ersten anhaltischen Wahlkreise ausschließlich für uns. Es bewerben sich um das Mandat von bürgerlicher Seite die Nationalliberalen mit Kaufmann Korth, die Freisinnigen mit Professor Preuß und die Demokraten mit Ingenieur Lüdemann. Unser Kandidat ist Genosse Seiner.

Der demokratisch-liberale Geist eines Koefide ist völlig verfliegen. Er hat im Dessauer Bürgerium auch niemals eine Stütze gehabt. Er lebte nur in der Person Koefides und wurde von wenigen getreuen Kribollnen nachgeholt. Zwar verurteilte Schrader — daselbe tut auch Preuß — vom liberalen Ruhm Koefides zu zehren, aber dieses Herumziehen mit dem Geist Koefides ist nur Schaumflügelerei, und zwar völlig überflüssige Schaumflügelerei, denn die paar liberalen Seelen, die neben der sozialdemokratischen Wählererschaft noch vorhanden sind, werden von den Demokraten gesammelt, und der Masse des Bürgertums sind die bürgerlichen liberalen Ideale völlig gleichgültig. Das Ideal, das hier am meisten begehrt wird, heißt: Sozialistenentzettel. Die Nachfolger Koefides, die Führer der Freisinnigen Partei, haben die politische Vertiefung des Bürgertums nach Kräften gefördert. Sie haben den Unterschied zwischen Liberalismus und Konservatismus völlig verwischt, indem sie 1908 bei den anhaltischen Landtagswahlen mit den Nationalliberalen und Konservativen ein Bündnis schlossen auf der Grundlage, daß der konservativen „Besitzstand“ erhalten bleiben sollte. Dieser konservative „Besitzstand“ war die konservative Mehrheit, die wir dank der freisinnigen Politik heute noch im anhaltischen Landtage haben. Alle reaktionären Mittelstandskräften, sogar das bühnische Geschwätz von der „hohen Besteuerung der Arbeiterklasse durch die Sozialdemokratie“ haben sich die Führer des Freisinn nach Reichsverbandsart angeeignet, und es ist oft widerlich mitanzusehen, wie dieser „Freisinn“ vor den kurzschäftigen mittelständlichen Reaktionären auf dem Wege rückt, nur um die Stimmen der kleinen Händler und Gewerbetreibenden zu bekommen, die angeblich das Rückgrat an der Waage zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum bilden. Preuß hätte ebensogut der Kandidat eines beliebigen Kleinbürgerlichen Aufmarsches werden können, wie er Kandidat dieses „Freisinn“ geworden ist. Wenn er gewählt werden sollte, würde er nicht als Vertreter seines Programms, sondern als Gegner der Sozialdemokratie gewählt. Wenn aber die Stimmengabe des hiesigen Freisinn ebenfalls tief sinken würde wie die politische Moral seiner bisherigen politischen Führung — was der natürliche Zustand wäre —, dann feiern wir Sozialdemokraten einen glänzenden Sieg.

Parteiangelegenheiten.

142 sozialdemokratische Gemeinderäte!

Das ist das Gesamtresultat der Ergänzungswahlen zum Gemeinderat in Württemberg. Vielleicht kommen aus den letzten Wahlenbereichen in kleinen Gemeinden noch einige Gewinne hinzu. Vor zwei Jahren bekanntlich wird in den württembergischen Gemeinden der Gemeinderat alle zwei Jahre zu einem Drittel neu gewählt. Latten vor im ganzen 110 Mandate davon geteilt, davon 82 unter Gewinn, 24 unter Verlust. Die diesjährige Ernte war also viel reichlicher. Sie wiegt auch schwerer, weil eine große Zahl bedeutender Gemeinden nunmehr radikale sozialdemokratische Fraktionen bekommen haben und in vielen Gemeinden sogar sozialdemokratische Mehrheiten erzielt wurden. So stehen in der großen Arbeitergemeinde Bielefeld bei Vorzählung im Gemeinderat und Bürgerausschuß zusammen 18 Sozialdemokraten und 41 konservative Vertreter. Ähnliche vor Gemeinderatsfraktionen, die hier zu vergeblich waren, wurden erobert und ebenso drangen unsere Parteigenossen bei der Bürger-Ausschusswahl, die durch die Wahl mehrerer Bürger-Ausschussmitglieder in den Gemeinderat notwendig geworden war, mit ihrer Liste vollständig durch. Auch in mehreren anderen Arbeitergemeinden errangen sich erstmals sichere sozialdemokratische Wählermehrheiten und in allen Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern noch das Wählerstimment gilt, bei dem eine Partei mit mehr als 50 Prozent der Stimmen alle Sitze allein belegen kann, während in manchen Jahren in all diesen Orten es mit sozialdemokratischen Mehrheiten in den Kollegien zu rechnen sein. Das gibt vielfach der Regierung und der Landtagsmehrheit zu der Erwägung Anlaß, ob es nicht besser gewesen wäre, die Provovwahl auf die Gemeinden bis zu 4000 Einwohnern auszuweichen, wie wir es gefordert hatten. Natürlich muß man uns die Mehrheit dort, wo wir sie besitzen, auch mit der Provovwahl nicht entziehen, aber die Umkehrung würde, wenn wenigstens zu der ihr gebührenden Verteilung kommen. In Feuerbach, dem großen Stuttgarter Vorort, fielen uns von den zehn zu vergebenden Mandaten durch den Vorort sechs zu, die sämtlich von einem Gewinn darstellten, da kein Sozialdemokrat ansgeworfen war. Mit der diesjährigen Wahl hat sich unser Beststand um 100 Rathausitze vermehrt. In vielen Gemeinden hält der erste Sozialdemokrat seinen Einzug in die Verwaltung. — Mögen viele Erfolge von guter Vorbedeutung für die Reichstagswahlen sein!

Zu den Stuttgarter Parteidifferenzen.

Es war zu erwarten, daß der Wahlkampf in diesem Kreise den die Sozialdemokratie zwar seit 1897 vertritt, um den sie aber stets heftiger und erbitterter kämpfen mußte, durch die leidigen Zerwürfnisse innerhalb der Stuttgarter Parteidifferenzen manchem beeinträchtigt werden würde. Man mußte dies umso heftiger in Aussicht nehmen, seit, noch in den letzten Wochen, durch den Vorkommen des Stuttgarter Parteivorstandes, Genossen Wehmer, im Göttinger Parteivorstand schwere Angriffe gegen die württembergische Landesorganisation gerichtet worden waren, die alle bürgerliche Polemik an Maßlosigkeit weit übertrafen, gegen die Partei geradezu den Vorwurf unsozialen Verhaltens gegen ihre eigenen Angestellten in sich schloßen und daher im gegenwärtigen Stadium des Wahlkampfes doppelt unangebracht waren. Daß sich die Gegner ein solches Material entgegen lassen würden, konnten nur ganz weise Gemüter annehmen, und so ist denn auch der wesentliche Inhalt des württembergischen Artikels zunächst durch die Berliner Fortschrittliche Correfpondenz des Herrn Schweinburg in ganz Deutschland verbreitet worden, dann aber hat ihn die nationalliberale Partei Stuttgarts für wertvoll genug gehalten, ihn in Württemberg durch seine Ausgabe als besonderes Flugblatt eine massenhafte Verbreitung zu sichern. Mit Behagen wird dabei besonders auf die württembergische Behandlung verwiesen, daß der württembergische Landespartei die „gemäß regelt“ habe und daß er mit Weib und Kind in Stuttgart ausgeharrert“ werden sollte. Durch die parteipolitische Ausnutzung dieser einseitigen Art von Vorkommnissen der Wehmer hat sich nunmehr der Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs veranlaßt gesehen, in der Schwäbischen Tagwacht folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„Zur Steuer der Wahrheit. Unter Verantwortung und vom Verlag der Nationalen ersten Partei in Stuttgart, wird im ganzen Lande ein Flugblatt verbreitet, worin die Veröffentlichung des Genossen Wehmer in der Göttinger „Neuen Volkszeitung“ am 18. Dezember d. J. zugehörten der Nationalliberalen Partei ausgedrückt verurteilt wird. Dieses Verbrechen einer politischen Partei, die Ausstellungen eines Genossen, die lediglich seine persönliche Auffassung von bestehenden Differenzen darstellten, zu Wahlzwecken auszunutzen liberal! wir ruhig der Beurteilung der Wähler. Als die Köpferchen, die als ausführende Organ der Beschlüsse der Landesversammlung verantwortlich in Betracht kommen, stellen wir fest, daß die Landesversammlung im September 1911, nachdem etwa zwei Jahre lang der Streit innerhalb der Redaktion andauernd hatte, die Klärung aller in Betracht kommenden Redakteure beabsichtigt hat. Der Austritt dieser Redakteure erfolgte am 1. Oktober. Dem Genossen Wehmer wurde: daß das volle Gehalt bis zum 31. Dezember 1911 im Betrage von 775 Mt. ausbezahlt. Schon im Juli 1911 war auf Wunsch der beiden Köpferchen (Landesvorstand und Landesauschuß) dem Genossen Wehmer bei freiwilligem Austritt aus der Tagwachtredaktion angeboten worden, deren ständiger Mitarbeiter zu werden, mit einem sicheren Jahresgehalt von bis zu 2400 Mark. Genosse Wehmer hat dieses Angebot abgelehnt. Somit kann von niemandem gegen verantwortliche Organe der Partei der Vorwurf der Abregung oder gar der unanständigen Ausschweifung erhoben werden. Stuttgart, 29. Dezember 1911. Der Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs.“

Es steht nunmehr zu hoffen, daß es dieser Erklärung der zuständigen Parteiführung gelingt, alle irriger Auffassungen, die durch den württembergischen Artikel unter den Wählern verbreitet worden sind, zu zerstreuen und den Angriffen gegen die Partei, die die Gegner aus ihm herleiteten, noch rechtzeitig und wirksam entgegenzutreten.

Sozialdemokratische Erfolge in Bosnien und Herzegowina.

Die Sozialdemokratie der Balkanländer hat wieder einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Die Partei und die Gewerkschaften in Bosnien und Herzegowina haben in Sarajevo aus eigenen Mitteln ein großes geräumiges Gebäude gekauft und für ein Volkshaus eingerichtet, in dem alle Partei- und Gewerkschaftsinstitutionen zusammengelegt werden. Die großen Versammlungssäle, die jetzt den Organisationen zur Verfügung stehen, werden ihre Tätigkeit sehr erleichtern.

Vom 1. Januar 1912 erscheint das Parteiblatt „Das Slobode“, das bisher zweimal monatlich erschienen ist, dreimal wöchentlich. Das Blatt erfreut sich großer Sympathie bei der Arbeitererschaft und eines großen politischen Ansehens, da es der einzige unerschrockene Gegner der absolutistischen Regierung ist. Die unabhängigen Bestätigungen, die Straßen und die Verhandlungen der Redakteure haben dem Parteiblatt wie der Par-

ist bloß mehr Abonnenten und Mitglieder und größeren Einfluß auf die Volksmassen gebracht.
Obwohl die Regierung sich ernstlich vorgenommen hat, die Arbeiterbewegung mit Gewalt zu unterdrücken oder ihrem Vordringen wenigstens Halt zu setzen, feierten am Sonntag den 17. Dezember die Arbeiter Caricatures die Eröffnung ihres Volkshauses mit dem Ergebnis, die Kämpfe weiterzuführen.

Ueber die Finanzreform des Jahres 1909 und die Parteien des Reichstags hat der Vorstand der sozialdemokratischen Partei im Jahre 1910 ein Handbuch herausgegeben, in das sich leider einige Fehler eingeschlichen haben, die erst jetzt festgestellt worden sind. So heißt es auf Seite 329, daß die Freisinnigen in der zweiten Lesung den Kommissionsbeschlüssen auf Erhöhung des Kaffeesteuers zugestimmt hätten; nach der Abstimmungsstabelle auf Seite 408 hätte ein parteigeduldiger Abgeordneter gegen die Erbschaftsteuer gestimmt.

Beide Angaben sind unrichtig. Es haben alle Sozialdemokraten in der zweiten Lesung für die Erbschaftsteuer gestimmt. Das ablehnende Verhalten der Freisinnigen gegenüber der Kaffeesteuer ist in dem Handbuch richtig geschildert worden auf den Seiten 63 und 402.

Christentum und Sozialismus.

Einige Ansprüche.

Die Menschen sollen sich untereinander als Brüder verhalten; dieser erhabene Grundgedanke ist alles, was es in der christlichen Religion Göttliches gibt.

Saint-Simon, französischer Sozialist, 1825.

Nicht der Individualismus, sondern der Sozialismus ist die Keimzelle der Emanzipation, die mit der Reformation begonnen haben. In allen großen sozialen Erhebungen, in jeder der gesellschaftlichen Weichen, aus denen sich neue Zeiten erzeugen, trat auch plötzlich die kommunistische Idee den beständigen Zeitgenossen auf Augenblicke entgegen. Nehmen Sie die Anfänge des Christentums, dieses ersten und tiefsten Versuches des Menschen, und Sie haben sogar den Kommunismus verwirklicht, freilich in naiver und kindlicher Weise. Die Freisetzung der häßlichen Bevölkerung, die sich im 14. Jahrhundert durch ganz Europa vollzieht, die Reformation, die erste französische Revolution, die Julirevolution, die Februarrevolution, alle sind in ihrer tiefsten Tiefe zugleich kommunistische Bewegungen, ja bei allen erlebte die kommunistische Richtung als die letzte logische Konsequenz. Und zwar in immer präzisierter Gestalt, in immer deutlicheren, wissenschaftlicheren Formen.

Karl Robertus, preußisch-konservativer Sozialist, 1881.
Die sozial-kommunistische Bewegung... wie sie, in der französischen Revolution ihren Anfang nehmend, zuerst durch England und dann ihren zerstörenden Durchzug durch alle Länder Europas gemacht hat, ist wesentlich nur hervorgerufen durch den unzufriedenen Sinn der begüterten Stände, die alle Tage herrisch und in Freuden lebend, von dem Schweiß und Blut der mehr als ihr Vieh geschickten und abgekühten Arbeiter, sich um letzterer Wohl, das höchste so wenig wie das irdische, nicht nur nicht bekümmerten, sondern höchstwillig dieselben auch als Vieh betrachteten; jene schmelzend, diese hungernd; jene im Übermaß der Verschwendung, diese darbd; jene in Purpur und köstlicher Delikatessen, diese in Lumpen; jene in Marmpalästen, diese in elenden Hütten; jene nichts tuend, diese kaum des Nachts ruhend.

Professor der Theologie Ludwig Schulze, 1886.
Dies ist die merkwürdige Paradoxie und der Widerspruch unserer Zeit, daß eine Gesellschaft, welche doch noch offiziell zu Religion und Kirche hält, an allen Idealen des Lebens hinfällig geworden ist, und den trübseligsten Materialismus auf allen Gebieten entwickelt, während diejenigen, welche sie umgeben, wachen, gerade im Namen des Materialismus alles das fordern und anstreben, was Religion und Christentum gebietet. Fortwährend auf dem Grunde einer ethisch-religiösen Weltanschauung der Materialismus des Lebens; hier steigt aus der Theorie des Materialismus ein Idealismus der Tat empor.

Professor der Philosophie Johannes Döber, 1878.
Im Sozialismus liegt die höchste Zivilisation; Selbstlosigkeit, Aufopferung, Mitleidenschaft? Wenn wir unter dem Sozialismus freudig das Schwere Opfer gebracht haben, und die Familie und die Christen zerstört haben, und auf Jahre trennten von Frau und Kind, bloß um der Erde zu dienen, so war auch das Religion, aber nicht die Religion des Christentums, sondern die Religion des Materialismus. Es war der Glaube an den Sieg des Guten und der Idee.

Wilhelm Liebknecht, deutscher Sozialdemokrat, 1890.
Was die gegenwärtige Wirtschaftsordnung den höchsten Anforderungen entspricht, wirklich ist sie nicht, sondern sehr unrichtig, selbstständig und gramlos. Aber das die Wirtschaftsordnung, welche die Sozialdemokraten erheben, jenen unrichtigen Grundgedanken der Gleichheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit viel mehr entspricht, als die gegenwärtige kapitalistische, das kann kein Unbefangener und Arbeitsloser in Abrede stellen. Die

Kirche hat niemals vollen und ganzen Ernst gemacht mit dem offenen Bekenntnis zu den sozialen Forderungen Jesu und der Apostel.

Oberstleutnant Franke, 1900.

Man sollte sich in den Gemeindevorstellungen nicht scheuen, auch die soziale Frage zu besprechen. Der Reiche mag da aus dem Munde des Armen hören, wie es diesem geht. Und man scheue sich schließlich auch nicht vor dem Worte Sozialdemokratie. In der Schweiz gibt es bereits sozialdemokratische Parteien. Weshalb sollte nicht auch bei uns ein Pfarrer diesen Weg gehen?

Pfarrer Fischer, 1907.

Die zweite Stufe der sittlichen Entwicklung der abendlichen Völker ist die Einführung des Christentums. Dieses hat sich überall zu festorganisierten Kirchen entwickelt, die als ein wichtiger sozialer Machtfaktor das sittliche Leben erheblich beeinflussen, wenngleich die Epiken aller Konfessionen seit dem Siege des Christentums bis auf den heutigen Tag vorherrschend Herrschaft geübt haben. Dagegen hat die christliche Kirche es niemals unternommen, eine ernstliche Umbildung der sozialen Rechtsverhältnisse durchzuführen, auch wenn diese auf die praktische Sittlichkeit den verderblichsten Einfluß ausübten. So blieb namentlich auch die Sklaverei und die Leibeigenschaft von Seiten der Kirche während der ganzen Zeit ihres vorherrschenden Einflusses unangefochten, wie denn schon das neue Testament den Sklaven nicht bloß Gehorsam und äußere Ehrfurcht, sondern geradezu sklavische Gesinnung empfahl. Erst die Aufklärungszeit des 18. und 19. Jahrhunderts hat jene beiden Einrichtungen tatsächlich beseitigt, aber sie nur durch das gleichfalls ungenügende Lohnsystem ersetzt. Die dritte Stufe in der sittlichen Entwicklung der abendlichen Kulturwelt, wird endlich der Sozialismus bilden, der durch den unaufhaltsamen Verfall des christlichen Lebens ebenso eine gefährliche Notwendigkeit geworden ist, wie einst das Christentum durch den Niedergang der heidnischen Welt. In der Gegenwart wird die sozialistische Moral als das höchste Ideal einer rein menschlichen, vom religiösen Dogmen glauben völlig befreiten Sittlichkeit gelten. Professor der Rechte Anton Wenger, 1905.

Arbeiterbewegung.

Der Zentralverband der Zimmerer

Kann für das Jahr 1911 von einer zwar langsamen, aber andauernden Steigerung seiner Mitgliederzahl berichten. Er hatte am Schluß des dritten Quartals die bisher höchste Mitgliederzahl mit 60.662 erreicht. Gegenüber dem Mitgliederstande vom vierten Quartal 1910 (51.550) bedeutet das eine Zunahme von 9.112, wovon 1210 auf das erste, 3417 auf das zweite und 1495 auf das dritte Vierteljahr entfallen.

Um einen Maßstab für das Organisationsverhältnis und die Bedeutung des Zimmererverbandes auf dem Arbeitsmarkte zu erhalten, muß das Ergebnis der Berufs- und Vorkursivstatistik vom Jahre 1907 zum Vergleich herangezogen werden. Es verzeichnet für das Zimmerergewerbe 15.109 Gehellen und Lehrlinge. Davon umfaßt demnach nach der angegebenen Mitgliederzahl der Zimmererverband 35 Proz. Demnach ist berückichtigt, daß rund 15 Prozent der von der Berufsstatistik erfaßten Zimmerer sich auf das reine Handwerk beschränken, so kann sich der Zimmererverband mit diesem Organisationsverhältnis immerhin sehen lassen. Es dürfte nur wenige Organisationen geben, die ein gleich gutes oder gar besseres Organisationsverhältnis aufweisen können. Allerdings läßt ein solcher Vergleich auch erkennen, daß der Zimmererverband sich noch sehr weit ausbreiten kann, er wird es dabei auch in Zukunft an nichts fehlen lassen. Seine Mitgliederzahl auf eine noch größere Höhe zu bringen, ist der allein richtige Erkenntnis, daß jede Steigerung der Mitgliederzahl einer Gewerkschaft dazu beiträgt, ihre Bedeutung auf dem Arbeitsmarkte zu erhöhen, sie ihrem unverrückbaren Ziele, der Verbesserung des Arbeitsmarktes des von ihr vertretenen Berufes, näherzuführen. Welche Mittel sie zur möglichst schnellen Erreichung dieses Zieles in Anwendung bringt, muß selbstverständlich jeder einzelnen Gewerkschaft überlassen bleiben, ebenso wie es auch ihre uralte Aufgabe ist, die Organisationsform zu bestimmen, die ihr dafür am geeignetsten erscheint. Der Zimmererverband vertritt den Standpunkt, daß allem die Berufserkennung die Gewähr bietet für die möglichst schnelle Erreichung des angegebenen Zieles. Das veranlaßt ihn auch, an seiner bisherigen Organisationsform, dem Berufsverband, beharrlich festzuhalten, wie denn auch seine Generalversammlungen bis jetzt alle Anträge auf eine Änderung in der Organisationsform einstimmig abgelehnt haben.

Die Mitgliederzunahme im Zimmerergewerbe im diesem Jahre ist nun deshalb besonders erfreulich, weil sie ergibt, daß unter den schwierigsten Verhältnissen der Zimmererverband nicht nur für die Jahre 1911 und 1912 an seine Mitglieder recht hohe Anforderungen, vor allem in Bezug auf die Beitragserhebung, die Wochenbeiträge im genannten Verbands stellen sich verhältnismäßig eines Entbehrungsgrades für 1911 und 1912 nach Lohnklassen: abwärts auf 60 Pf. für 1.25 Mark. Das sind die Mindestbeiträge, die von den einzelnen Jobstellern noch abzurufen werden können durch Einsparungen der Beiträge für den Zentralverband. Und da auch die einzelnen Verbands-

stellen nicht nur an einer Erhöhung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Gesamtverbandes, sondern auch ihrer eigenen lebhaftesten Interesse haben, ist von diesem Recht in ausgiebigster Weise Gebrauch gemacht worden. Daß trotz dieser nicht unbedeutenden Anspannung der Mitglieder der Verband an Arbeitskraft nicht eingebüßt hat, ist ein Zeichen von innerer Festigkeit und Stärke und von dem guten Geist der Zimmerer. Natürlich hat dieses Ergebnis nur erzielt werden können durch das geschlossene Zusammenwirken aller Verbandsorgane, das bekanntlich darauf gerichtet ist, den Verband während des gegenwärtigen Tarifvertragsverhältnisses zur höchsten Machtfaltung zu bringen, damit bei Ablauf des Tarifs im Jahre 1913 den baugewerblichen Scharfmachern ein halt geboten werden kann. Vor allem ist es die von den Unternehmern erzielte Zentralisierung der Tarifverträge, die den energiegelassen Protest des Zimmererverbandes herausgelockert hat. Für hat der Zimmererverband nach den Beschlüssen seiner Generalversammlungen den allerschärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Daß er gewillt ist, diesen Beschlüssen Nachachtung zu verschaffen, erhellt aus den ungedeuteten Kampfmaßnahmen. Was die baugewerblichen Scharfmacher mit der Zentralisierung der Tarifverträge bewirken wollen, ist heute klarer als je zuvor. Die Erfahrungen unter dem gegenwärtigen Tarifvertragsverhältnis haben darüber den letzten Zweifel beseitigt, daß die Absicht in ihrem Endziel darauf gerichtet ist, jede gewerkschaftliche Aktion niederzubringen und auf „legalen“ Wege durch einen Reichstagsvertrag die nötige Lohnsetzung der Gewerkschaftsmacht zu erzwingen. Um diese Gefahr abzuwenden und die Bahn für den weiteren sozialen Aufstieg der Zimmerer freizuhalten, wird im Zimmererverbande eifrig und mit wachsendem Erfolge an der Rüstung für 1913 gearbeitet.

Aus Oberschlesien.

Gleitwit. 1. Januar. Der Kalenderverleiher Freund und Leid. Der ober-schlesische Volkskalender, der im vergangenen Jahre bei der Bevölkerung eine meist freundliche Aufnahme gefunden hat, wird, wie bekannt, dieses Jahr als Propaganda für die Reichstagswahl in verstärkter Auflage wiederum unter die Massen verteilt. Den Genossen, welchen die Verteilung derselben obliegt, valierte dabei folgende: Sie kamen erkrankt nach getaner Arbeit in ein Gasthaus auf dem Lande, um ein Glas Bier zu trinken. Nebenbei soll angefragt werden, daß sie in dem betreffenden Dorfe sehr freundlich empfangen wurden. Der Gastwirt, der die Genossen bemerkte, kam an dieselben heran mit der Aufforderung, sich ins bessere Zimmer zu begeben. Diese lehnten das ab, mit der Motivierung, daß sie alsbald gehen wollen. Nun kommt ein anmelender Gast an die Genossen heran, fragend, was sie da in den Tischen hätten. Sie gaben zur Antwort, das seien Volkskalender, worauf der Betreffende ein paar Exemplare entnahm. Der Gastwirt, dies bemerkend, stürzt auf die Genossen zu und donnert: Meine Herren, Sozialdemokraten dulde ich in meinem Lokal nicht, machen Sie, daß Sie in mein Lokal verlassen. Und die Genossen, die kurz vorher noch für „Bessere Zeiten“ angehalten wurden, mußten das Räuzel schnitz und die unangenehme Stätte verlassen.

Gleitwit. 31. Dezember. Aus Furcht vor Beirauna, die ihm wegen Turmheit in Aussicht stand, hat sich der Bahnwärter Wopitz aus Groß-Stotulin hiesigen Kreises, von einem Eisenbahngang überfahren lassen.

Hochschulheute. 31. Dezember. Ein absehendes Weispiel. In einem Lustbad gestürzt, der den Spinnamer Grünpeterhacht führt, ist die 45-jährige, dem Trunk ergebene Frau des Bergmanns Gäßel von hier. Von der Feuerwehre wurde die Frau zwei Fahrten tief in bemutlostem Zustande aufgefunden. Schwerverletzt mußte die Frau ins hiesige Krankenhaus geschafft werden, wo sie hoffnungslos darniederliegt.

Cosel OS. 1. Januar. Raubanfall und Einbrüche. Ein überaus verwegener Heberfall wurde in der Nacht zum Sonntag gegen 4 Uhr gegen den Oberkellner des Hotels zum „Goldenen Anker“ ausgeübt. Als derselbe nach Weggang der letzten Gäste im Besitz war, die Lokaltüren zu schließen, und das Gaslicht bereits verlöscht war, wurde er von zwei Männern, die ihm ein Tuch über den Kopf warfen, überfallen und durch Schläge betäubt. Die Räuber entwendeten aus den Taschen ihres Opfers über 400 Mark in Gold und Bargeld und suchten hierauf das Weite. Am Morgen wurde der Heberfall von dem Hauspersonal im Lokale noch bestimmungslos aufgefunden, konnte sich aber bald erholen. Von den Räubern fehlt bis jetzt jede Spur.

Innerhalb der letzten Wochen sind in unserer Stadt sechs vollendete und verjuchte Einbruchsdiebstähle zu verzeichnen gewesen. Freitag nacht wurde das Lignen- und Goldwarentgeschäft von Hans Beinhauer, das durch Gas die ganze Nacht erleuchtet ist, erbrochen und 15 goldene Verrennuren, sowie eine große Anzahl Perrenketten, Damenuhren, Armabänder, Weckeruhren und andere Gegenstände geraubt. Bei keinem der Einbrüche konnten die Täter bisher dingfest gemacht werden.

Aus aller Welt.

Zwei Personen vergiftet! Ein Soldat, der vom Weihnachtsurlaub zurückgekehrt war, begab sich in ein Haus in der Fischerstraße in St.-Glow, in dem sich eine Dame aufhält. Nachts gegen drei Uhr hörten die Hausbewohner laute Schreie aus der betreffenden Wohnung, denen man weiter keine Bedeutung beimah, weil alles wieder still wurde. Da man aber halb darauf einen schweren Fall vernahm, so schöpfe man Verdacht und begab sich an die Stubentür. Von innen hörte man unregelmäßige Atemzüge. Da auf lautes Rufen nicht geantwortet wurde, so wurde die Tür gewaltsam erbrochen und den Eintretenden bot sich ein fürchterlicher Anblick dar. In der Tür lag ein Infanterist des Regiments Nr. 59 bewußlos, noch einige Lebenszeichen von sich gebend, da. Er wurde als der Infanterist Anton Michel von der 2. Kompagnie erkannt, diente im zweiten Jahre und soll aus Danzig zu Hause sein. Im Bett lag die Dame, ebenfalls leblos, da. Da man beim Eintritt in das Zimmer keinen Kohlenbrenner wahrnahm, wohl aber auf dem Tische eine Flasche mit einer braunen Flüssigkeit vorfand, so sprachen alle Anwesenden darauf, daß sich beide vergiftet haben. Alle Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. Die Beweggründe zu der unglücklichen Tat sind unbekannt.

Fürchterliche Entdeckung. Eine furchtbare Entdeckung machte die Anhalterin einer Pension in der Louisestraße in Berlin, in der zum Teil die Töchter aus den besseren Ständen Unterkunft fanden. Man fand nämlich in der Kammer des Zimmers die Leiche eines ungefähr zehn Tage alten Kindes. Da her Leiche hatte man die Arme und die Beine abgetrennt, da sonst her keine Leichen in den Kommodenschub hinein gelangen würde. Der kleine Körper war mit Gewalt in die Schubladen hineingezwängt worden. Die unglückliche Mutter wurde schon nach kurzer Zeit in der Pension eines neunzehnjährigen Mädchens verhaftet.

Die Cholera. In Italien ist die Cholera so gut wie erloschen. Dagegen wütet sie noch in Tunisien, wo zahlreiche Todesfälle zu verzeichnen sind. In Ägypten ist die Cholera ebenfalls erloschen. Im Laufe des Jahres 1911 waren in Ägypten insgesamt 1000 Cholerafälle zu verzeichnen, von denen 55 tödlich verliefen.

Mineralkrank. In dem Dorfe Rajecze bei Bronowice wurde eine große Mine vollständig erschlossen. Das dort überaus reiche Fundament des Mineralkräftes soll zwei Millionen Kubmeter Wasser in den Klüften, das durch die dortigen Gänge fließt, enthalten. Die Mineralkräftes soll

schwere Verletzungen, an seinem Auskommen wird gezwungen.

Ertranken. Auf der Flucht ertranken bei Bibban in Ungarn vierzehn Mitglieder einer Zigeunerbande, die die Gegend unsicher gemacht hatte und von Militär verfolgt wurde. Sie befanden sich auf einem Wagen, mit dem man einen Donauarm durchfahren wollte. Als das Fahrzeug die Mitte des Flusses erreicht hatte, verschwand es plötzlich in den Wellen. Sämtliche Personen fanden den Tod.

Fliegersturz. In Tomboise stürzte der Italiener Zellaiano mit seinem Doppeldecker mit einem Passagier aus einer Höhe von 30 Metern ab. Beide erlitten erfreulicherweise nur leichtere Verletzungen. Der Apparat wurde vollständig zerstört.

Ueberschwemmungen in Paris. Die Seine ist zwar leicht geflossen, indessen wird ein abermaliges Steigen der Nebenflüsse, besonders der Marne, gemeldet. In der Umgebung von Paris sind bereits die Ufer stellenweise überschwemmt.

Reisliche Abiakter. Bei einem Wettbewerb in Frankreich bei der Fliegerin Fräulein Darvon mit einem Eindecker 248 Kilometer in zwei Stunden 41 Minuten zurückgelegt. Mit einem Doppeldecker legte eine andere Fliegerin, Dutrieux, 234 Kilometer in zwei Stunden 38 Minuten zurück.

Grabschändung. Die in Staats bei Wien befindliche Familiengruft des Grafen Cellalte wurde von unbekanntem Täter erbrochen. Sie drangen in die Totenkammer, nahen dort Werkzeug und stürzten dann die Gräber in schändlicher Weise wie dies auf dem Maxyer Friedhof der Fall war. Nachdem sie die in der Gruft befindlichen vier Särge erbrochen hatten, durchwühlten sie dieselben nach Schmuckgegenständen, fanden aber keine vor.

Eisenbahnraub. In Lemberg wurde einem aus Amerika heimkehrenden Bauern sein ganzer Verdienst von 14.000 Kronen, die er in Banknoten in seiner Kasse eingeschickt hatte, nachts, als er im Eisenbahnwaggon eingeschlafen war, gestohlen, indem ihm derjenige Teil der Kasse, wo die Banknoten eingeschickt waren, ausgeschüttet wurde.

Raserei. Wie aus Pilsch in Desterreich gemeldet wird, erhob in dem benachbarten Orte Klein-Neufiedl der Jäger Geiringe, den mit ihm verfeindeten Jagdgastgeber Sobmaier, als dieser auf der Jubilarbahn zum Jubiläum fuhr. Dann erlief er ins Gäßelhaus, wo er einen anderen Arbeiter durch einen Schuss tödlich verletzte. Es gelang mit großer Mühe ihn zu übermächtigen und zu ver-

haften, nachdem man noch ein Lynchgericht an ihm vorgenommen hatte.

Große Unvorsichtigkeit. Durch grobe Unvorsichtigkeit in der Städtischen Herberge in Wlacha an der Werra wurde eine brennende Petroleumlampe umgestoßen. Das Petroleum explodierte sofort und in wenigen Minuten war das Haus in Flammen gesetzt. Die beiden 16- und 20-jährigen Töchter des Herbergsbesizers konnten sich nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen und kamen beide in den Flammen um. Man fand nach dem Ablöschen des Feuers ihre furchtbar verletzten Leichen in den Schuttmassen vor.

Aus Unvorsichtigkeit erschossen. Der Kaufmann Fuchs wollte einem Kunden die Handhabung eines Revolvers erklären und traf dabei versehentlich seine eigene 27-jährige Tochter, die kurz darauf verstarb. Infolge der Aufregung hierüber ist der Kaufmann schwer erkrankt.

Hallon „Salzburg“ verschollen. Sämtliche Nachforschungen nach dem verschollenen Hallon „Salzburg“ sind, entgegen anderweitigen Nachrichten, wonach die Hülle des Hallons gefunden sei, erfolglos geblieben. Man befürchtet daher, daß der Hallon ins Meer getrieben und dort untergegangen ist.

Gattensord. Bei Guntramsdorf in Desterreich hat der 40-jährige Saitlermeister Spleß aus Eifersucht seine Frau, welche gerade ihr kleines Kind stillte, erschossen und sich darauf selber der Selbstmord gestellt.

Aus verschämter Liebe. Aus verschämter Liebe erschoss sich am Sonntag Morgen auf der Treppe eines Hauses in der Sedantstraße in Berlin das 35 Jahre alte Dienstmädchen Marie Brandt, die mit einem in diesem Hause wohnenden Malergehilfen ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, das von dem jungen Manne zu Weihnachten gelöst worden war. Aus Gram hierüber wollte sie den Liebhaber aus der Welt schaffen und drang mit einem geladenen Revolver, den sie sich hierzu gekauft hatte, in das Haus ein, in dem der ungetreue Liebhaber wohnte. Der Mann wurde jedoch rechtzeitig gewarnt und als ein sofort benachrichtigter Polizist kam und das Mädchen verhaften wollte, trat sie plötzlich ein Schuß im Treppenhause. Der Postbeamte glaubte, die Kugel habe ihm gegolten. Er feuerte deshalb sofort gleichfalls einen Schuß die Treppe hinauf ab. Da Ruhe auf die Schieberfolgte, suchte man nun die Treppe ab und fand beim Emporksteigen das junge Mädchen tot auf den Stufen liegen. Wie es sich nun zeigte, hatte sie sich durch einen Schuß in den Mund selbst getötet. Die abgefeuerte Kugel des Schützen wurde im dritten Stockwerke aufgefunden.